

Wöchentlich 55 Pf., monatlich 1,60 M.
Im voraus zahlbar, Postbezug 4,20 M.
einschließlich 60 Pf. Postgebühren- und
72 Pf. Postbetriebsgebühren. Ausland-
abonnement 6.— M. pro Monat.

Der „Vorwärts“ erscheint wochent-
lich zweimal, Sonntags und Feiertags
ebenso, die Heftausgaben für Berlin
und im Handel mit dem Titel „Der
Wend“, illustrierte Beilagen, „Welt
und Zeit“ und „Kinderfreund“, Ferner
„Unterhaltung und Wissen“, „Brauen-
kammer“, „Kunst“, „Wald in die
Bücherei“ und „Jugend-Vorwärts“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Freitag
22. März 1929
Groß-Berlin 10 Pf.
Auswärts 15 Pf.

Die einseitige Kampagne
30 Pfennig, Refuse' etc. — Reichs-
markt, „Kleine Anzeigen“ des ange-
brachten Wort 23 Pfennig (zuletzt zwei
seitige Worte), jedes weitere Wort
12 Pfennig, Stellengelicht das erste
Wort 15 Pfennig, jedes weitere Wort
10 Pfennig, Worte über 15 Buchstaben
zahlen für zwei Worte, Arbeitsmarkt
Zeile 60 Pfennig, Familienanzeigen für
Kommunen Zeile 40 Pfennig, Anzeigen-
annahme im Hauptgeschäft Linden-
straße 2, wochentl. von 8 1/2 bis 12 Uhr.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstraße 3
Bemerkungen: Pöndolf 292-297 Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postfachkonto: Berlin 37 636. — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten
und Beamten Wollfr. 63. Diskonto-Gesellschaft, Depostenkasse Lindenstr. 3

Agrarpolitik am Scheidewege.

Das „Einheitsprogramm“ der Landwirtschaft.

Von Dr. Fritz Baade.

Die sogenannte Bauernfront, repräsentiert durch die Namen der Organisationsführer Schiele, Brandes, Hermes und Fehr, hat der Reichsregierung gestern ihr „Einheitsprogramm“ überreicht. Der Name Einheitsprogramm gibt allerdings den Charakter dieser Kundgebung nur sehr unzutreffend wieder, denn man kann sich kaum etwas Uneinheitlicheres denken als diese Zusammenstellung von Forderungen, die aus ältestem und jüngstem agrarpolitischen Geist wild durcheinandergewachsen sind. Unmittelbar nebeneinander stehen da hochschulzöllnerische Forderungen, die die Anschläge der vergangenen Bürgerblockregierungen noch weit in den Schatten stellen: Erhöhung der Fleischzölle auf 45 M., Erhöhung des Butterzolls auf 60 M., Erhöhung des Eierzolls auf das Vierfache des heutigen Sakes, verstärkter Zollschutz für Gemüse, Obst, Wein, Tabak, Kartoffeln, kurz, fast für jedes nur denkbare landwirtschaftliche Erzeugnis. Urältester Hochschulzöllnergeist kennzeichnet vom Verbraucherstandpunkt aus diese Forderungen, da sie den Lebensmittelbedarf der städtischen Massen aufs neue und ohne irgendwelche Schonung besonders der minderbemittelten Schichten und ohne jedwede Rücksicht auf den Preisstand rücksichtslos weiter verteuern wollen.

Ältester und unbelehrbarster Zollmauergeist ist der Inhalt dieser Forderungen auch vom Standpunkt der Handelspolitik aus, da derartige Forderungen, falls sich wirklich eine Regierung und ein Reichstag zu ihrer Verwirklichung bereitfinden sollten, jeden Ansat zu vernünftigen Handelsverträgen mit unseren Nachbarnländern unrettbar zerschlagen müßten.

Aus einer ganz anderen geistigen Welt dagegen scheinen andere Forderungen zu stammen. Muß es nicht gerade den Sozialisten merkwürdig berühren, daß in diesem agrarpolitischen Einheitsprogramm die Forderung nach einer Zentralisierung der Getreideeinfuhr den allerbreitesten Raum einnimmt. Diese Bewirtschaftung der Getreideeinfuhr, welche einer „kaufmännischen Zentralfirma“ übertragen werden und unter Aufsicht eines „Reichsgetreiderates“ vor sich gehen soll, ist in ihrer grundsätzlichen Konstruktion daselbst wie das Außenhandelsmonopol für Getreide, das nicht nur die deutsche Sozialdemokratie in ihrem Kieler Agrarprogramm gefordert hat, sondern das von den sozialdemokratischen Parteien Deutschlands, Österreichs, Englands, Norwegens, der Tschechoslowakei und der Schweiz übereinstimmend gefordert wird. Im einzelnen geben zwar die Vorschläge für die Durchführung dieser Getreidebewirtschaftung manchen Anlaß zur Kritik. Der grundsätzlichen Erkenntnis aber, daß nur eine zentrale Beherrschung des eingeführten Getreides unter Aufsicht des Reiches dem Landwirt gleichmäßige und auskömmliche Preise sichern und gleichzeitig den Verbraucher vor unnötiger Belastung zu schützen vermag, kann von unserer Seite nur zugestimmt werden.

Auf alle Fälle muß diese programmatische Erklärung der landwirtschaftlichen Organisationen allen politischen Parteien und allen Schichten der Bevölkerung ernsthaft zu denken geben. Zwar haben nicht die Organisationen als solche, sondern nur ihre Führer persönlich dieses Programm unterschrieben, aber ein Programm, das die Namen von Landwirtschaftsführern von so verschiedenartiger politischer und organisatorischer Einstellung trägt, ist auf alle Fälle eine Realität.

Die entscheidende Frage ist nur: Ist das schöne Ziel des Programms, „die ruinösen Wirrungen der Weltmarktpreisschwankungen auf die deutschen Preise auszuhalten und stabile Preise im Inlande zu sichern“ auch in dem gleichen Maße eine Realität, das heißt, ist es in absehbarer Zeit reif zur Verwirklichung, ist es reif im wirtschaftlichen Sinne und ist es reif im politischen Sinne?

Die erste Frage muß unbedingt mit Ja beantwortet werden. Wenn wirklich in Deutschland die maßgebenden Vertreter der Landwirtschaft auf der einen Seite und der großen Verbrauchermassen auf der anderen Seite sich zu einer ehrlichen Verständigung zusammenfinden würden, um die Preise der landwirtschaftlichen Verkaufsprodukte und der Massennahrungsmittel den heutigen wilden Schwankungen der unregelmäßigen Märkte, der Spekulation und dem aufgebälltesten Zwischenhandel zu entziehen, und wenn es beiden Seiten wirklich ernst mit dieser Absicht wäre, so wären organisatorisch die Möglichkeiten dazu gegeben. Auch das allgemeine Ziel, welches das landwirtschaftliche Einheitsprogramm andeutet, nämlich dem Landwirt solche Preise zu sichern, die, an irgendeinem Index gemessen, der allgemeinen Geldwertentwicklung entsprechen, ist durchaus vernünftig und erreichbar.

Daß ein solches System für Erzeuger und Verbraucher in gleichem Maße vorteilhaft sein würde, daß es die Möglichkeit bieten würde, auf Grund der stabileren Preisbildung die Spanne zwischen den Erzeugerpreisen und den Verbraucherpreisen wirksamer zu verkleinern und also tatsächlich

Neue Niederlage Baldwins.

Diesmal erobern die Liberalen ein konservatives Mandat.

London, 21. März. (Eigenbericht.)

Die Nachwahl in Eddisbury, einem agrarischen Wahlbezirk, in dem sich lediglich Konservative und Liberale gegenüberstehen, endete mit einem Sieg der Liberalen, die den Konservativen das Mandat entzogen. Der liberale Kandidat Kuffel erhielt 10 223 Stimmen (1924 = 9337), der konservative Kandidat 8931, während sein verstorbenen Vorgänger bei den Neuwahlen im Jahre 1924 11 006 Stimmen erhalten hatte. Der Sieg der Liberalen ist um so bemerkenswerter, als der Wahlkreis von Eddisbury seit 1906 immer im Besitz der Konservativen gewesen ist.

Neuwahlen am 30. Mai.

London, 21. März.

Die allgemeinen Wahlen in England werden, wie die offiziöse Reutersagentur in Bestätigung früherer Nachrichten erfährt, am 30. Mai d. J. stattfinden.

Tom Shaw gegen Steel-Maitland.

London, 21. März. (Eigenbericht.)

Die Arbeiterpartei schnitt am Donnerstag im Unterhaus die Frage der Ratifizierung der Washingtoner Konvention an.

Der Sprecher der Partei Tom Shaw ging zunächst auf die jüngsten Vorgänge in Genf ein und kritisierte scharf den mißglückten Versuch des jetzigen konservativen Arbeitsministers Steel-Maitland, die Washingtoner Konvention verifizieren zu lassen. Er bezeichnete den Ausgang der Verhandlungen im Verwaltungsrat des Internationalen Arbeitsamtes als „die größte Demütigung, die die britische Regierung jemals auf einer internationalen Konferenz der Nachkriegszeit erfahren“ habe. Großbritannien sei heute das einzige Land, das die Ratifikationen der Konvention direkt aufhalte, obwohl es ein ausgesprochenes wirtschaftliches Interesse an der Ratifikation besitze. Aus Gründen der Ehre, des gesunden Menschenverstandes, der Völkerverständigung und um des Völkerbundes willen sollte Großbritannien in dieser Frage in der vordersten Reihe marschieren. Die Labour Party werde niemals

ruhen, bis die der britischen Nation gemachten Versprechungen erfüllt worden seien; die britische Arbeiterschaft könne die vom Arbeitsminister vorgebrachten Einwände gegen die Ratifikation nicht als stichhaltig betrachten.

Die Arbeiterpartei fand bei ihrem Angriff gegen die Regierung die unerwartete Unterstützung des konservativen Abgeordneten Casale, der betonte, daß kein Land so großen Nutzen aus den Arbeiten des Internationalen Arbeitsamtes ziehen könnte wie Großbritannien. Er sei ganz und gar nicht der Meinung, daß die anderen Länder Großbritannien mit der Ratifikation im Stich lassen würden. Die Presse und die Gewerkschaften würden in anderen Ländern dafür sorgen, daß die Ratifikation vorgenommen würde.

Die angebliche Verschwörung in Indien

Londoner Regierung mit der Delhi-Regierung solidarisch

London, 21. März. (Eigenbericht.)

Im Namen der Regierung von Indien teilte das Mitglied der indischen Regierung James Eraser in der indischen gesetzgebenden Versammlung in Delhi am Donnerstag offiziell mit, daß insgesamt 31 Personen wegen Beteiligung an einer „kommunistischen Verschwörung“ verhaftet seien. Der Redner versicherte, daß sich das Vorgehen der Regierung lediglich gegen Organisationen und Personen richte, die aktiv an dieser Verschwörung teilgenommen hätten.

Wie ein indisches Nachrichtenbureau meldet, wurden am Donnerstag neuerdings in 40 Städten Hausdurchsuchungen und zahlreiche Verhaftungen vorgenommen. Die verhafteten Personen wurden ebenso wie die am Mittwoch verhafteten 31 Kommunisten nach Meerut gebracht. Unter der von der Polizei beschlagnahmten Literatur befindet sich merkwürdigerweise auch das Buch von Bernard Shaw über den Sozialismus und viele sozialistische Schriften des Führers der britischen Arbeiterpartei Ramsay MacDonald.

Der Unterstaatssekretär von Indien teilte am Donnerstag im britischen Unterhaus mit, daß die englische Regierung das Vorgehen der indischen Polizei billigt.

gleichzeitig dem Erzeuger günstigere Preise für seine Produkte und dem Verbraucher mäßige Lebensmittelpreise zu sichern, braucht dem „Vorwärts“-Leser nicht besonders auseinandergelegt zu werden.

Die große Frage ist nur, ob die Situation heute bereits politisch reif für ein solches Vorgehen ist, und gerade an diesem Punkte muß die Hemmungslosigkeit und Sinnlosigkeit der Zollforderungen, die sich in dem gleichen Einheitsprogramm finden, ebenso mißtrauisch und bedenklich stimmen wie die rein demagogische Zollpolitik, die sich die bürgerlichen Parteien noch in der letzten Woche im Reichstag geleistet haben. Die Lage in der Landwirtschaftspolitik ist vielleicht niemals kritischer und entscheidungsschwerer gewesen, als in der Gegenwart. Auf der einen Seite eröffnet sich der Ausblick in eine neue Ära der landwirtschaftlichen Preispolitik, in der Erzeuger und Verbraucher gemeinsam daran gehen, die Preisschwankungen und die Zufallsflüsse des Weltmarktes auszuschalten und Ordnung in die völlig verfahrenen Verhältnisse im Abzug der landwirtschaftlichen Erzeugnisse hineinzubringen. Auf der anderen Seite scheint die unüberlegte Gesetzeshocherhebung der bürgerlichen Parteien immer hemmungsloser in eine agrarische Schutzpolitik öfterer und hoffnungsloserer Art hineinzuführen, bei der es für die Sozialdemokratie nichts anderes geben kann als schärfste Opposition.

Bei den landwirtschaftlichen Organisationen und ihren Führern liegt es, das, was konstruktiv und organisatorisch längst reif ist, nämlich die Preisstabilisierung auf der Grundlage ehrlicher Verständigung zwischen Erzeugern und Verbrauchern, auch politisch reif zu machen. Sie haben in jahrzehntelanger Agitation den Zollaberglauben bei ihren Anhängern großgezogen, den sie heute nur schwer wieder ausrotten können. Die Landwirtschaft muß endlich einsehen, daß ein Zöllchen hier und ein Zöllchen dort an ihrer Notlage und an ihren Rentabilitätsbedingungen nicht das geringste ändert. Sie muß erkennen, daß Zollerhöhungen, die im klaren Bewußtsein ihrer Wirkungslosigkeit aus rein demagogischen Gründen durchgedrückt werden, ebenso ein Verbrechen an der irreführten Landwirtschaft wie an der Verbraucherschaft sind, und daß es ohne Verständigung mit den Verbrauchern keine wirkliche Hilfe für die Landwirtschaft gibt.

Mag der Kurs der Agrarpolitik nun wirklich, wie die „Deutsche Tageszeitung“ triumphierend feststellt, noch einmal

in die Bürgerblockpolitik von Landbunds Gnaden hinein- führen, mag man nochmals gerade den ärmsten Schichten der Verbraucher das Auslandsfleisch, die billige Leberwurst und das Stückchen Fleisch verteuern, der Landwirtschaft kann man durch alles das nicht helfen. Das neue Einheitsprogramm erkennt ja selber in seinen positiven Teilen die völlige Sinnlosigkeit dieser alten Mittel an. Der neue Weg, den das Programm andeutet, die Preisstabilisierung und die Ordnung der Märkte, kann nur auf der Basis gleichberechtigter Zusammenarbeit von Erzeugern und Verbrauchern beschritten werden, und die Sozialdemokratie kann aus dem Einheitsprogramm jedenfalls so viel feststellen, daß die Zeit und die geistige Entwicklung für sie und in ihrem Sinne arbeitet.

Landwirtschaftsvertreter bei der Reichsregierung.

Amlich wird mitgeteilt: Als Vertreter der Landwirtschaft sprachen heute bei dem Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft Dietrich die Herren Brandes, Schiele, Hermes und Fehr vor. Die in der Presse veröffentlichte Denkschrift wurde eingehend erörtert. Der Reichsminister stellte fest, daß er bereits einen bestimmten Vorschlag zur Regelung der Getreidepreise gemacht habe, und daß im übrigen auch die jetzt von landwirtschaftlicher Seite vorgeschlagene Lösung schon im Herbst vorigen Jahres erwogen und nach allen Richtungen hin durchgeprüft worden sei.

Um die Vieh- und Fleischpreise zu bessern, habe die Reichsregierung eine Reihe von Maßnahmen in die Wege geleitet, so die Angleichung der Viehzölle an die Fleischzölle, die Ausperrung des bisher noch zugelassenen Büchsenfleisches, die Erhöhung des Schmalzpreises; endlich sei auch ein Gesetz unterwegs, welches für eine einheitliche Handhabung der Seuchenpolizei in den Grenzschlachthöfen Sorge trage. Die Organisation der Milch- und Molkereiwirtschaft sei in vollem Gange und das verlangte Milchgesetz beinahe vollständig vor einigen Tagen den Landesregierungen und Interessenten zur Stellungnahme zugeleitet.

Im Anschluß an die Besprechung beim Reichsminister Dietrich empfing der Reichsminister die vorgenannten Herren und nahm ebenfalls ihre Vorschläge entgegen. Der Herr Reichsminister stellte sofortige Überprüfung der Anregungen in Aussicht und bemerkte, daß das Reichskabinett sich bereits wiederholt mit den einschlägigen Fragen befaßt habe. Es gelte zurzeit neue Wege zu finden, um die Notlage der Landwirtschaft zu beheben.

Reichstagsferien.

Misstruensantrag gegen den Reichsfinanzminister abgelehnt

Der Reichstag nahm gestern in 3. Lesung die Vorlage zur Ratifizierung des Genfer Protokolls wegen Verbots des Giftgaskrieges an.

Der von den Kommunisten eingebrachte Misstruensantrag gegen den Reichsfinanzminister wurde gegen die Stimmen der Antragsteller, der Deutschnationalen und der Nationalsozialisten bei Stimmenthaltung der Wirtschaftspartei abgelehnt. Die Reichshaushaltsrechnung für 1927 wurde nach Ablehnung eines nationalsozialistischen Antrags genehmigt.

Am Schluß der Sitzung vertagte sich das Haus auf den 16. April.

Der Rotetat hat Gesetzeskraft.

Kein Einspruch des Reichsrats.

Der Reichsrat erledigte am Donnerstag eine Reihe kleinerer Vorlagen, er erklärte sich einverstanden mit der Verlängerung der Geltungsdauer der Verordnungen über Beschäftigung jugendlicher Arbeiter, er nahm ferner Kenntnis vom Nachtragsetat und dem Rotetat für 1929 sowie den Gesetzentwürfen über Berechtigung zum Kredit zur Förderung des Kleinwohnungsbaues und über das Genfer Protokoll wegen Verbots des Giftgaskrieges. Diese Vorlagen haben damit Gesetzeskraft erhalten.

Die Stahlhelmfreunde.

Eine deutschnationale Interpellation im Reichstag.

Der Obersteuersekretär Ernst Kemminger vom Finanzamt Rudolstadt hatte in einem reichslegenden Hause eine Geschäftsstelle des Stahlhelm unterhalten. Der Reichsfinanzminister hat die Verfolgung dieses Stahlhelmbeamten aus dienstlichen Gründen verfügt und an dieser Maßnahme festgehalten. Die deutschnationale Reichstagsfraktion fühlt sich bemüht, wegen dieser notwendigen und anerkennenswerten Maßnahme den Reichstag zu interpellieren.

Landesverrat.

Beratung im Strafgesetzausschuß des Reichstags.

Der Strafgesetzausschuß des Reichstags setzte gestern die Beratung der Landesverratsparagrafen fort. Abg. Alexander (Komm.) kritisierte die Vorschläge des Justizministers und wendete sich namens seiner Fraktion gegen dessen Formulierungen. Die deutschen Arbeiter hätten Verpflichtungen gegenüber der Sowjetmacht und sie würden sich durch keine Bestimmungen des Gesetzes davon abhalten lassen, ihre Pflicht zu erfüllen.

Abg. Levi (Soz.) begründete einen sozialdemokratischen Antrag zu § 91a. Nach dem Regierungsvorschlag sollen im Sinne des Gesetzes Staatsgeheimnisse sein: Schriften, Zeichnungen, andere Gegenstände oder Nachrichten, deren Geheimhaltung vor einer ausländischen Regierung für das Wohl des Reiches oder eines Landes erforderlich ist. Ein sozialdemokratischer Antrag will nur solche Nachrichten als Staatsgeheimnisse ansehen lassen, welche Vorgänge oder Veranstaltungen betreffen. Dr. Levi führte aus, daß die gegenwärtige Rechtsprechung zu weit gehe, wenn sie schon Stimmungsbilder unter Umständen als Staatsgeheimnisse zulasse. Man dürfe in Zukunft nur solche Nachrichten als Staatsgeheimnisse anerkennen, die bestimmte Tatsachen betreffen. Im Fall Dehne habe das Reichsgericht Landesverrat angenommen, obwohl es sich nur um bereits bekannte Tatsachen gehandelt habe. Schon die Neugruppierung dieser Tatsachen, lediglich das subjektive Stimmungsbild habe dem Reichsgericht zur Beurteilung ausgereicht. Eine solche Rechtsprechung müsse für die Zukunft unmöglich gemacht werden.

Reichsjustizminister Koch wollte nicht anerkennen, daß das Reichsgericht in seiner jetzigen Rechtsprechung zu weit gegangen sei. Höchstens könne man sagen, daß die Abstellung der Strafbarkeit auf dem Begriff des Stimmungsbildes nicht sehr glücklich sei.

Abg. Wunderlich (D. Sp.) verteidigte die Auffassung, daß auch die Gruppierung schon bekannter Tatsachen, wenn sie zur Erweckung eines bestimmten Eindrucks erfolge, eine neue Nachricht sein könne. Ihm schloß sich Abg. Bell (Z.) an, der meinte, man solle nur auf die gesunde Rechtsprechung des Reichsgerichts vertrauen.

Abg. Dr. Rosenfeld (Soz.) lehnte es ab, sich auf das Vertrauen zur Rechtsprechung zu verlassen. Gerade die Entscheidungen zu den Landesverratsparagrafen zwingen geradezu, äußerste Vorsicht bei der Formulierung anzuwenden. Niemand werde es verstehen, daß Landesverrat möglich sein soll, wenn die Tatsachen, die verdreht werden, längst bekannt seien und nur eine Neugruppierung dieser Tatsachen in Frage kommt. Die sozialdemokratische Fraktion wüßte dringend eine andere Formulierung, als sie der Regierungsvorschlag enthalte, und er beantrage Vertagung, damit die Regierung in der nächsten Sitzung eine andere Formulierung vorlege.

Der Ausschuss beschloß demgemäß die Vertagung auf morgen.

Kampf um die Ehescheidungsreform.

Verzögerungsversuche des Zentrums vereitelt.

Der Rechtsausschuß des Reichstags hat den Entwurf eines deutschen Auslieferungsvertrages in erster Lesung durchberaten. Dabei ist eine Lösung der Frage, ob im Falle von politischen Warden Asylrecht gewährt werden solle, nicht gefunden worden. Die Regierungsvorlage lautet in diesem Punkte: „Die Auslieferung ist zulässig, wenn die Tat unter Berücksichtigung aller Umstände besonders verwerflich erscheint.“ Ein vom Rechtsausschuß eingesetzter Unterausschuß hatte sich auf folgende Fassung geeinigt: „Die Auslieferung ist zulässig, wenn sich die Tat als ein vorläufiges Verbrechen gegen das Leben darstellt, es sei denn, daß die Tat im offenen Kampfe begangen wäre.“ Obgleich der Reichsjustizminister für die Fassung des Unterausschusses eintrat, wurde sowohl diese Fassung wie die Fassung der Regierungsvorlage, sowie alle anderen zu diesem Punkte gestellten Anträge abgelehnt, so daß in der zweiten Lesung eine neue Fassung gefunden werden muß.

Nach der Erledigung dieser Vorlage entspann sich eine längere Aussprache darüber, ob die Ehescheidungsreform sogleich im Ausschuss behandelt, oder vertagt werden solle. Es ergab sich das Bild, daß das Zentrum Versuche unternahm, die Beratung der Ehescheidungsreform zu verlangsamen. Die Vertreter des Zentrums behaupteten, daß die Schwierigkeiten der Regierung durch die Beratung der Ehescheidungsreform nur vergrößert werden würden, daß außerdem der Ausschuss nicht den Auftrag erhalten habe, eine Ehescheidungsreform zu beraten. Der

Auftakt zum „Tag des Buches“

Öffentliche Kundgebung im Reichstag.

Es ist hier bereits darauf hingewiesen worden, welche Ziele die große ganz Deutschland einbeziehende Veranstaltung „Tag des Buches“ verfolgt und welche Bedeutung sie für das deutsche Proletariat gewinnt. Kurz zusammengefaßt, die kulturellen und wirtschaftlichen Verbände haben sich zusammengeschlossen, um durch Propaganda zu versuchen, dem Buch wieder die alte Weltgeltung zu verschaffen. Es ist eine Art von Protest gegen die fortschreitende Entgeistung und Mechanisierung der Gegenwart. Eine Kulturaufgabe, in die auch die Arbeiterklasse einbezogen werden muß. Daß gerade ihr die materiellen Mittel fehlen, verschärft die kritische Situation des Buches, die vielleicht nur gelöst werden kann, wenn man sich endlich zu einer entschiedenen Verbildung entschließt.

Der Tag des Buches fand gestern seinen Auftakt in Berlin durch eine öffentliche Kundgebung im Plenarsaal des Reichstags, die unter dem Protektorat des Reichsinnenministers Severing stand.

Nach der kurzen Begrüßungsansprache des früheren Reichsministers Dr. Rütz ergriff Severing das Wort, um einen Ueberblick über die

Richtlinien der Veranstaltung

zu geben. Er wurde zunächst von Zwischenrufen radikaler Herren unterbrochen, die aber bald aus dem Saal entfernt wurden, so daß man zur Tagesordnung übergehen konnte.

Die Gegenwart steht im Zeichen des Sports, so führte Severing aus, und Sport ist an sich ein sehr schönes Ding, aber leider vergißt man, daß die alten Kulturvölker neben einer ausgiebigen sportlichen Betätigung auch durchaus das Geistige pflegten. Das Buch soll nun das Regulativ für die übersteigerte Freude am rein Körperlichen sein. Allerdings kann man wohl mit Recht anführen, daß die Herzen des modernen Deutschen durch Krieg und die Wirren der Nachkriegszeit abgepannt sind, so daß er keine rechte Lust zum Lesen findet. Besonders nicht zum Lesen gehaltvoller Bücher, die über ein Durchschnittsniveau emporragen. Es gilt, die

Freude am Lesen wieder zu erwecken.

Aber, und hier beginnt das Problem, es handelt sich nicht nur darum, ein aufnahmefähiges, sondern auch ein aufnahmefähiges Lesepublikum zu schaffen, und hier berührt man die allgemeine Wirtschaftslage. An sich erscheinen heute in Deutschland sehr viele Bücher, und auch gute Bücher, aber finden sie auch das breite Lesepublikum? Kaum! Die Arbeitermassen müssen dem deutschen Buch zugeführt werden. Dadurch wäre ein Problem des deutschen Buchhandels gelöst, nämlich die Frage nach der höheren Auflage. Je höher nun jedoch die Auflage ist, desto leichter die Erreichung einer Verbilligung. Aus all diesen angeführten Gründen ist es notwendig, ein breites Publikum zu gewinnen.

Es handelt sich also hauptsächlich um geistige Probleme in den Ausführungen Severings, und auf diesen Generalrainer gingen auch alle die Ausführungen auf, die sich mit irgendeiner Frage des Buches beschäftigten. Etwas übersteigert war das Referat Dr. Leo Weismantels über

„Buch und Volk“.

Er kommt zu keiner klaren Entscheidung, welches Buch gut und empfehlenswert ist und welches nicht. Das ist sehr schwer, aber Weismantel gibt seiner Grundeinstellung kein scharf umrissenes Gesicht. Daneben sehr Gutes. Er sagt z. B., Volksschriftsteller müßten das Volk zu begreifen suchen, und zwar das gegenwärtige moderne Volk.

Zu einer Zeitkritik kommt der Jenauer Verleger Eugen Diederichs in seiner Betrachtung über die

Krisis des deutschen Buches.

Gutes Buch bedeutet ein Buch, das das Leben auszudeuten versucht und es nicht durch überspitzte Psychologie, Sexualität oder Freude

am Abenteuer zerfasert, verengt oder umdichtet. Die Zeit ist armster Literatur nicht günstig. Das Tempo des Lebens ist derart gesteigert, daß der moderne Mensch nicht in innerer Konzentration Entspannung sucht, sondern in der Sensation, die er überhaupt als das Wesentlichste des Lebens ansieht. Für ihn ist der Fortschritt der Technik das wichtigste Lebensmoment. Die sogenannte neue Sachlichkeit bleibt deshalb der treffende Ausdruck dieser Gesinnung. Es kommt darauf an, den Weg wieder zurück zum Geist zu finden durch Verwurzelung des Menschen in Boden und Natur. Es gilt, die Natur, die Geschichte und das Volk zu verstehen. Dies ist heute nicht der Fall, und deshalb leben wir in einer Krisis des Geistes und damit des Buches. Weil der Mensch der Natur entfremdet ist, fühlt er sich innerlich unsicher. In einer Neubelebung des religiösen Gefühls glaubt Diederichs das Heil zu sehen.

Walter v. Rolo betrachtet das Problem des Buches vom

Standpunkt des Dichters und Schriftstellers.

In Deutschland werden nur Werte gelesen, die aktuelle Themen behandeln und hauptsächlich aktuelle Tagesfragen. Das kommt daher, weil das Volk über sich selbst, über sein Wesen und Fühlen klar sein möchte. Das Publikum ist sehr zeitinteressierter und deshalb muß der moderne Dichter die Welt mit den Augen eines modernen Menschen ansehen, auch wenn er beispielsweise historische Romane schreibt. Die Bildeinstellung kann nur die des Gegenwartsmenschen sein. Diese Forderung ist begrüßenswert, aber man darf dabei nicht die Schattenseiten übersehen. Das deutsche Publikum erscheint den Dichtern an der Zeit; aber es läuft Gefahr, das Zeitaktuelle über das Dichterische zu stellen. Früher gefielen sich viele Unbegabtheiten in der Pose des weltabgewandten Dichters, heute dagegen in der des gitterturmenden Revolutionärs und jeden Breis. Der Dichter muß sich von dem Schielen nach dem Beifall gewisser Gruppen frei machen, er muß der Gesamtheit dienen als Bewahrer des Volkstums.

Am Schluß sprach Genoffin Professor Anna Siemsen über da Thema:

„Buch und Leser“.

Sie begann mit der geschichtlichen Entwicklung des Buches. Im Mittelalter gab es noch kein Publikum in unserem Sinne. Man schrieb im Grunde für Bekannte und Freunde. Erst die Buchdruckerkunst schuf das unbekannte Publikum. Und man darf nicht übersehen, daß das Buch ungeheuer viel zur Demokratisierung der Welt beigetragen hat in dem Moment, in dem es Massenartikel wurde. Selber ist es noch nicht Massenartikel genug. Das Publikum, das nach Büchern verlangt, ist in letzter Zeit unendlich gewachsen und setzt sich aus ganz neuen Gesellschaftsschichten zusammen. Man muß deshalb dazu streben, neue Verknüpfungen zwischen Buch und Leser zu schaffen. Wo sind aber diese Einrichtungen und Organisationen zu finden? Die Familie genügt nicht mehr wie früher. Hilfe muß von freien und amtlichen Organisationen kommen in einer Zusammenarbeit von Schule und Haus. Doch damit ist erst der Anfang gemacht. Die Schwierigkeit der Aufgabe besteht ja darin, daß die Erwachsenen mit dem Buch zusammengeführt werden müssen. Am liebsten geschieht dies durch Bibliotheken und Lesehallen, durch Organisationen nach künstlerischen, wissenschaftlichen, weltanschaulichen, politischen oder sachlichen Gesichtspunkten. Am stärksten ist diese Arbeit da ausgeprägt, wo die geistige Not am stärksten empfunden wird, nämlich in der deutschen Arbeiterklasse!

Wie Walter v. Rolo sieht auch Anna Siemsen den Willen des Publikums zur zeitbestimmten Literatur. Die Schriftsteller schreiben im Hinblick auf bestimmte Kreise, die mit ihrem Denken und Fühlen in lebendiger Beziehung sind. Verstärkt wird diese unmittelbare Wirkung zwischen Verfasser und Publikum noch durch Kino und Radio. Der Mensch wird dadurch seiner Betätigung entrissen und wieder Mitglied einer Gemeinschaft. Und Gemeinschaft bedeutet auch das Ziel und der Zweck des deutschen Buches.

Wohnungsfragen im Reichstag.

Richtlinien für das Wohnungswesen.

Der Wohnungsausschuß des Reichstags beriet gestern den Entwurf der Richtlinien für das Wohnungswesen. Es handelte sich hauptsächlich um die Frage, ob die kinderreichen Familien bevorzugt aus den Wohnungen genommen und in Neubauwohnungen untergebracht werden sollen. Die große Mehrheit des Ausschusses sprach sich dagegen aus, weil die kinderreichen Familien zum großen Teil wirtschaftlich geschwächt, die Neubauwohnungen daher für sie zu hoch seien. Die Möglichkeit zur Unterbringung einer größeren Anzahl von kinderreichen Familien in Neubauwohnungen wäre daher höchstens unter großen Zuschüssen des Reiches möglich. Die allgemeine Ansicht ging dahin, daß das Hauptbestreben der Regierung und der Parteien auf die Senkung der Baukosten gerichtet sein müsse. Die Beratungen des Ausschusses werden am 9. April fortgesetzt.

Ein forrigiertes Tendenzurteil.

Rüffel des Reichsgerichts für das Landgericht Landsberg.

Leipzig, 21. März. (Eigenbericht.)

Das Landgericht Landsberg sprach am 6. September 1928 den Landwirt Hans Krüger von der Anklage eines Vergehens gegen das Gesetz zum Schutz der Republik frei. Am 18. März 1928 fand in Königsberg eine Tagung des Reichskriegerverbandes Kreis Königsberg statt, auf der auch über die Flaggenfrage gesprochen wurde. Krüger erklärte bei dieser Gelegenheit, für alle Soldaten könne es eine Flaggenfrage überhaupt nicht geben. Er sei dafür, die schwarzweisse Fahne und nicht die Farben des Saurepubliques und der Saurepublik zu zeigen. Wegen dieser Äußerungen wurde gegen Krüger ein Strafverfahren ein-

geleitet. Krüger verteidigte sich damit, daß er nicht in einer öffentlichen Versammlung gesprochen habe, denn es habe sich mehr um eine zwanglose Zusammenkunft gehandelt. Er habe auch den Staat und die Staatsform nicht beschimpft. Er sei bayerischer Offizier gewesen, und im Bayerischen pflege man gern das Wort „Sau“ als einen Ausdruck zu benutzen, wenn man in Unmut über eine Sache rede.

Gegen den Freispruch wurde von der Staatsanwaltschaft Revision eingeleitet, der vom zweiten Strafsenat des Reichsgerichts in seiner Donnerstagssitzung auch stattgegeben wurde.

Das freisprechende Urteil wurde aufgehoben und die Sache wurde mit folgender Instruktion dem Landgericht Frankfurt a. d. Oder zur neuen Entscheidung zugewiesen:

Das angegriffene Urteil verneine objektiv und subjektiv, daß durch das Wort „Saurepublik“ die Staatsform getroffen werden solle, und es verneine ebenfalls objektiv und subjektiv, daß das Wort überhaupt eine Beschimpfung gewesen sei. In allen diesen Punkten sei das Urteil unrichtig. Das Wort „Republik“ sei doch gerade der Ausdruck der Staatsform. Wenn jemand von einem Staat als von einer Republik spreche, so erwähne er damit bereits objektiv auch die Staatsform. Da beim deutschen Staat bekanntlich noch tiefgehende Meinungsverschiedenheiten über die beste Staatsform beständen, so sei es selbstverständlich, daß, wenn man von der deutschen Republik spreche, die verfassungsmäßige Staatsform gemeint sei. Mit dem Wort „Saurepublik“ sei also auch die Staatsform getroffen worden. Das freisprechende Urteil verweise bei der Frage, ob das Wort „Saurepublik“ eine Beschimpfung sei, auf die bayerische Rundart des Angeklagten. Es komme hier jedoch nicht darauf an, wie das Wort in Bayern ausgelegt werde, sondern wie es in Königsberg auf die Hörer wirke. Daß der Angeklagte gewußt habe, welche Bedeutung dort das Wort habe, sei ihm so mehr anzunehmen, als er doch ein gebildeter Mann sei. Die Beweisführung des Landgerichts Landsberg für den Freispruch wurde vom Reichsgericht, der die Revision vertrat, als befremdlich bezeichnet. Aus diesem Grunde ist auch die Verweigerung der Sache an ein anderes Gericht erfolgt.

Das Blutbad von Dinant.

Korrektur einer voreiligen Maßnahme.

Amstich wird mitgeteilt: Der Reichspostminister hat die Verfügung über den Ausschluß der Druckschrift der belgischen Stadt Dinant von der Postbeförderung, die von einer nachgeordneten Stelle ohne seine Kenntnis erlassen worden ist, wieder aufgehoben.

Dänisches Kabinett gestürzt.

Konservative verlassen Rechtsregierung / Neuwahlen in Sicht
Kopenhagen, 21. März. (Eigenbericht.)

Die dänische Regierung ist am Donnerstag bei der Abstimmung über die Finanzvorlage gestürzt worden.

Der Sturz ist auf Unstimmigkeiten zwischen der Regierungspartei (der Bayerlinken) und den Konservativen über die finanziellen Leistungen für die Wehrmacht zurückzuführen. Eine Einigung war trotz mehrtägiger Verhandlungen nicht zu erzielen. Die Folge war, daß sich die Konservativen, die das Kabinett Madsen-Mygal bisher unterstützten, bei der Abstimmung über die Finanzvorlage der Stimme enthielten, so daß die Regierung mit 52 Stimmen der Sozialdemokraten gegen 45 Stimmen ihrer eigenen Partei in der Minderheit blieb. Die Demokraten enthielten sich ebenfalls der Stimme.

Voraussichtlich werden jetzt Neuwahlen ausgeschrieben. Man rechnet für die Zukunft mit einem sozialdemokratischen Kabinett Stauning.

Dienstag Staatsbegräbnis von Foch.

Im Invalidendom.

Paris, 21. März. (Eigenbericht.)

Die Beisetzung des Generals Foch wird am Dienstag an der Seite der berühmten Heerführer Frankreichs im Invalidendom erfolgen. Am Sonntag soll die Leiche bereits in dem Dom aufgebahrt werden.

Der französische Staatspräsident, die Minister, der belgische König und die Mitglieder des diplomatischen Korps sprachen am Donnerstag in der Wohnung des Generals Foch vor und brachten seiner Frau ihr Beileid zum Ausdruck. Die öffentlichen Gebäude der französischen Hauptstadt haben seit Donnerstag vormittag halbmast gesetzt.

Berpflegungsgelder für Rheinlandheer verdreifacht

Paris, 21. März. (Eigenbericht.)

Die Kammer bewilligte in ihrer Donnerstagssitzung den von der Regierung beantragten Kredit von 120 Millionen zur Erhöhung der Berpflegungsgelder der Truppen, die künftig im Inlande verboppelt, in der Besatzungsarmee, den Kolonien und Syrien verdreifacht werden sollen.

Die Regierung forderte im weiteren Verlauf der Sitzung die Bewilligung eines Kreditstrebens für das Expeditionskorps in China. Hierbei kam es zu einem ersten Zwischenfall. Die Sozialisten wandten sich entschieden gegen die Kredite und forderten zuerst ihre Herabsetzung um eine geringe Summe, damit ein Hinweis auf die Nutzlosigkeit der Unterhaltung von Truppen in China gegeben werde. Als der Präsident erklärte, Verwindung allein aus dieser Absicht heraus sei gegen das Reglement, beantragte die sozialistische Fraktion kurzerhand die Streichung. Ministerpräsident Poincaré stellte hierauf sofort die Berpflegungsgelderfrage. Die Streichung wurde mit 342 gegen 223 Stimmen abgelehnt.

Die Kammer setzte am Nachmittag die Beratung der Kongressgesetze fort. Ueber die Annahme der Verträge mit einer ansehnlichen Majorität besteht kein Zweifel.

Selbstmord im polnischen Delfandal.

Senator Miklaszewski scheute die Untersuchung.

Warschau, 21. März. (Eigenbericht.)

Der im Zusammenhang mit dem polnischen Delfandal viel genannte Senator Miklaszewski hat am Donnerstag Selbstmord verübt. Miklaszewski sollte sich vor dem Warschauer Gericht darüber äußern, ob und in welchem Umfange er zwei Abgeordnete im Auftrage einer ausländischen Bankgruppe mit Geld beschloß. Eine Stunde vor dem hierfür angelegten Termin legte er Hand an sich.

Mecklenburgischer Etat gesichert.

Ein Austritt aus der Deutschen Volkspartei.

Schwerin, 21. März. (Eigenbericht.)

Der Abgeordnete der Deutschen Volkspartei Krakenberg hat am Donnerstag seiner bisherigen Fraktion den Rücken gekehrt. Im Plenum des Landtages erklärte er, daß er unter gewissen Voraussetzungen bereit sei, auch für den Etat zu stimmen. Die Regierung hat sich bereit erklärt, diesen Voraussetzungen zuzustimmen, so daß nunmehr die Annahme des bisher gefährdeten Etats sicher gestellt ist. Die Regierung und Opposition verfiel vor dem Austritt Krakenbergs aus der Volkspartei je über 26 Stimmen. Jetzt stehen 27 Stimmen für die Regierung 25 Stimmen der Opposition gegenüber.

Die Reichsbahn im Februar.

Frost drückt auf die Betriebseinnahmen.

Die Räderperiode, die im Februar ihren Höhepunkt erreichte, hat natürlich auch schwere Rückwirkungen auf den Betrieb der Deutschen Reichsbahn gehabt. So fielen sämtliche frostempfindliche Güter für den Verkehr aus und auch die Verfrachtung von Baustoffen wurde fast gänzlich eingestellt. Auf der anderen Seite stellten die Kälte und das oberflächliche Kohlenrennen Anforderungen an die Wagengestellung, die Spitzenleistungen notwendig machten. Im Gesamtverkehr wurden täglich rund 128 000 Wagen, also 1,4 Proz. weniger als im Januar, gestellt. Gegenüber dem Februar 1928 liegt die Verkehrsziffer um 11 Proz. niedriger.

Auch die Betriebseinnahmen im Januar waren bereits durch den Frost beeinflusst. Den Gesamteinnahmen von 382,5 Millionen stehen Ausgaben von 400,2 Millionen gegenüber, so daß der Januar mit einem Defizit von 17,8 Millionen abschließt. Zur Deckung des Defizits wurde der Gewinnvortrag des Vorjahres zunächst in Anspruch genommen.

Reichsgerichtspräsident Dr. Simons hat sich am Schluß der gestrigen Sitzung des dritten Strafsenats des Reichsgerichts mit einer kurzen Ansprache verabschiedet. Oberreichsanwalt Dr. Werner ergriff zum Schluß der Sitzung das Wort, um auszuführen, er erblicke in der Tatsache, daß ein Reichsgerichtspräsident zum ersten Male einen Strafsenat übernommen habe, eine Bestätigung dessen, daß der Strafsitz heute eine ganz besonders große Bedeutung zukomme.

Nationales Heldentum.

Die deutschnationale Landtagsfraktion stellt einen Antrag gegen die Einreise Trozki!



„Reißt aus, — reißt aus, — der Trozki kommt!“

Lumpenproletarische Methoden.

Kommunistisches Urteil über Kommunisten.

Das Organ der kommunistischen Rechtsopposition „Begen den Strom“ bespricht unter der Ueberschrift „Ideologische Klärung oder faschistische Schlägermethoden“ den Kampf der Thälmann-Leute gegen die kommunistische Opposition und seine Methoden, die sie ein dauerndes Schandmal in der Geschichte der Arbeiterbewegung nennt. Das oppositionelle Organ verweist auf die organisierten Ueberfälle auf oppositionelle Versammlungen in Breslau, Dresden, Chemnitz, Leipzig, Thüringen, Stuttgart, Offenbach, Köln, Hamburg, Kiel und Stettin, die, wie es ausführlich, von Parteifunktionären geführt werden, die „wohl Schmalz in den Oberarmen, aber nicht im Gehirn“ haben. Es schreibt dazu:

„Die traurigen politischen Bankrotteure, die heute an der Spitze der KPD. und des RFB. stehen, greifen zum Schlagring, zum Gummihäufel, zum Messer und zu anderen Waffen.“

Mit diesen Waffen stellen sie besonders zusammengepackte Kollkommandos aus. Die Kollkommandos sind in den meisten Fällen von den übelsten und dunkelsten Elementen durchsetzt. In diesen Fällen befinden sich in diesen Kollkommandos nachgewiesenermaßen Elemente, die nach vor nicht allzu langer Zeit bei den Rationalsozialisten oder in anderen faschistischen Organisationen zu den „Schlägern“ gehörten. Sie wütheten in den Thäl- und Neumannern Bermanides und kommen deshalb in die Reihen der Partei oder des RFB. Es ist also

keinesfalls böswillige Uebertreibung, wenn wir feststellen, daß die Thälmanns ihre Position in der Arbeiterbewegung heute noch behaupten.

gestützt auf Elemente, die nicht mehr zur revolutionären Vorhut der Arbeiterklasse, sondern zu ihrem revolutionären Abzug

zu zählen sind. Denn was Thälmann in Hamburg aus seinen „Erhaltungskästchen“ im Hafenviertel zusammenholt, gehört nicht zur Kerntruppe des revolutionären Proletariats. Seht auch die Elemente genau an, aus denen die Kollkommandos der Thälmann-Clique zusammengesetzt werden, überprüft ihre Vergangenheit und ihr jetziges Leben, und ihr werdet finden, daß wir in der Charakterisierung dieser Elemente keineswegs übertrieben haben. Fragt die Führer der Partei und des RFB., warum man gegen die Parteioption mit Knüppeln, Schlagringen, Bleifabeln und ähnlichen Dingen argumentiert.“

Das ist eine treffende Charakterisierung der kommunistischen Kollkommandosmethoden aus kommunistischem Munde! Es ist das Lumpenproletariat, die Leute à la Scherlinke, die die Zentrale der kommunistischen Partei nicht nur gegen ihre Parteioption, sondern vor allem auch gegen sozialdemokratische Arbeiter mobilisieren. Es ist jenes Verbrechergesinde, dem erst vor wenigen Tagen zwei unserer Genossen zum Opfer gefallen sind! Mit dieser Benutzung des Begriffs aus den Kollkommandos charakterisiert die kommunistische Partei sich selbst.

Statsberatung im Landtag.

Gemeinsame Flegereien von Kommunisten und Vorkriegskriegern.

Am Donnerstag beantragten im Landtag vor Eintritt in die Tagesordnung die Deutschnationalen zur Geschäftsordnung, sofort ihren Antrag auf die Tagesordnung zu setzen und zu beraten, der von der Preussischen Regierung verlangt, daß sie sich der Einreise Trozki widersetzen solle. Da die Sozialdemokraten Widerspruch erhoben, kann dem Antrage der Deutschnationalen nicht entsprochen werden.

Das Haus tritt in die Tagesordnung ein und erledigt zunächst kleinere Vorlagen. In zweiter und dritter Lesung wird der Bescheid über die Aenderung der kommunalen Grenzen der Stadt Brandenburg ohne Debatte angenommen.

Es folgt die Wiederholung der Abstimmungen über den Haushalt der Porzellanmanufaktur. — In namentlicher Abstimmung wird der völkische Antrag, in Sachen Porzellan eine gerichtliche Klärung herbeizuführen, mit 261 Stimmen gegen 7 Stimmen der Demokraten angenommen. Damit ist die zweite Lesung des Etats der Porzellanmanufaktur beendet.

Das Haus verabschiedet den Haushalt der Preussischen Staatsbank in zweiter Lesung.

Es folgt die zweite Lesung des Etats des Landtages. Abg. Kasper (Komm.) bespricht zunächst Brandentragen und kritisiert sodann sehr heftig die Amtsführung des Präsidenten Bartels. Dieser mache sich ganz unredlich das Amt eines Zensors an und behandle die Kommunisten ungerade.

Abg. Frau Hiescher-Baiken (Dnal.) beschwert sich über die (schlechte) Art im Hause. (Heiterkeit.)

Abg. Neumann (Dsp.) meint, daß oft genug nicht nur schlechte, sondern auch dicke Luft im Hause sei. Das sei aber einzig und allein auf das Schuldkonto der Kommunisten zu setzen, die es bewußt darauf anlegen, durch einen rüden Ton das Ansehen des Parlaments zu schädigen.

Präsident Bartels:

Das Amt eines Zensors ist nun einmal dem Präsidenten übertragen, aber ich habe mich bemüht, es unparteiisch zu handhaben. (Sehr wahr! links und in der Mitte) Kraftvoll, wie sie häufig genug die Kommunisten belächeln und die unzulässig sind, werde ich auch in Zukunft beanstanden. (Sehr gut!) Für eine diesbezügliche Anfrage des Abg. Kasper über eine angeblich „bunliche Geschichte“, in die der Präsident durch einen geplanten Reut einer Papierfabrik verwickelt gewesen sei, erklärt er, daß er an dieser Sache ebensowenig beteiligt sei, wie jeder andere im Hause. Hier sei ohne sein Wissen kein Rame mißbraucht worden, und dagegen könne sich schließlich niemand schützen.

Nach Ausführungen von Abg. Kiedel (Dem.) kritisiert Haake (Rad.Soz.) schimpfend die Amtstätigkeit des Präsidenten. Als er den Präsidenten Bartels als „Hentersnecht“ des internationalen jüdischen Großkapitals“ bezeichnet, wird er durch stürmische Zurufe der Linken unterbrochen, die erst verstummen, nachdem der deutschnationale Vizepräsident den Redner zweimal zur Ordnung gerufen hat.

Der Etat des Landtages wird genehmigt, ebenso der Etat des Staatsrates in zweiter Lesung.

Bei der Festsetzung der Tagesordnung für die Freitagssitzung beantragt Abg. Bork (Dnal.), den deutschnationalen Antrag auf Einreiseverweigerung für Trozki als ersten Punkt auf die Tagesordnung zu setzen. Dieser Antrag wird mit den Stimmen der Koalitionsparteien und der Kommunisten abgelehnt. Nächste Sitzung Freitag 12 Uhr, Etat des Finanzministeriums und kleinere Vorlagen.

Freie Berufe und Gewerbesteuer.

Protest der Arbeitsgemeinschaft.

Im Anschluß an den Beschluß des Preussischen Landtags, der auch die freien Berufe in die Gewerbesteuer einbeziehen will, fand eine Besprechung innerhalb der Arbeitsgemeinschaft der freien geistigen Berufe statt, die ihren Niederschlag in folgender Resolution fand:

„Die Arbeitsgemeinschaft der freien geistigen Berufe (Rechtsanwälte, Ärzte, Architekten, Ingenieure, bildende und Tonkünstler, Schriftsteller, Volkswirte usw.) erhebt Einspruch gegen die völlig unverständliche und ungerechtfertigte, im Preussischen Landtag beschlossene Absicht, die freien Berufe mit der Gewerbesteuer zu belasten. Eine solche gotteslästerliche Maßnahme greift der bestehenden Regelung durch Reichsgesetz vor, die mit Zustimmung des Reichsrates eine solche Belastung aus wohlwollenden kulturellen und steuerpolitischen Gründen ausdrücklich ablehnt. Durch die infolge der anerkannten Notlage dieser Berufe unvermeidliche Ueberwälzung der Steuer werden die sozialen Lasten gesteigert, Rechtspflege und Wohnungsbau verteuert. Die Ausdehnung der Gewerbesteuer auch auf die Berufe bedeutet die Einführung einer Krankensteuer, deren unsoziale Wirkungen auch zu neuen Konflikten auf dem Gebiet der Krankenkassenversicherung führen müssen.“

Benzinexplosion in Budapest.

Mehrere Behälter in die Luft geflogen.

Budapest, 21. März.

Auf dem Josefsbäcker Güterbahnhof brach heute abend gegen 9 Uhr aus unbekannter Ursache ein Brand aus, der rasch einen ungewöhnlichen Umfang annahm. Auf dem betroffenen Teil des Bahnhofsgeländes lagen große Mengen Benzin, die zum Teil schon vom Feuer erfaßt worden sind. Ein Teil der Behälter ist bereits unter gewaltigen Detonationen in die Luft geflogen. Ähnliche in Budapest verfügbaren Löschiße sind auf den Brandplatz beordert worden.

Berliner Theater.

Bernard Shaw: „Helden“.

Endlich wieder ein Shaw auf einer Berliner Bühne. Unter Erwin Kallers Hotter Regie entsteht eine springende und lustige Vorstellung. Glänzende Darsteller, großer Erfolg. Dgr.

WERTHEIM

Leipziger Str. (Versand-Abt.) Königstr. Rosenthaler Str. Moritzplatz
 Preise für Freitag und Sonnabend, soweit Vorrat.
 Fleisch, Fische, Geflügel, Obst und Gemüse werden nicht zugesandt.

Crifogul
 geback. Kartoffelscheiben
 Tüte
20 u. 30 Pf.
 Kostproben gratis.

Abt. Frische Blumen nur Leipziger Str.
 Hyazinthen blüh. Topf 10 Stück 90 Pf.
 Tulpen blühend .. 68 Pf. Begonien einfach 10 Stück 1.25
 Krokus blühend .. 68 Pf. Begonien gefüllt 10 Stück 1.25
 Gladiolen .. 10 Stück 45 Pf. Grassamen Pfund 65, 75 Pf.
 Steckzwiebeln Pfund 75 Pf.

Frishes Fleisch

- Kalbshamm u. Brust . . . Pfund **0.64**
- Kalbsnierenbraten . . . Pfund **0.74**
- Kalbskeule ganz u. geteilt . . . Pfund **0.82**
- Rinderkamm u. Brust . . . Pfund **0.80**
- Gulasch Pfd. **0.85** Querrippe Pfd. **0.78**
- Schmorfleisch u. Roastbeef m. Knochen Pfund **1.00**
- Schmorfleisch ohne Knochen . . . Pfund **1.22**
- Schweinebauch u. Rücken, mit Bellage Pfund **1.10**
- Schweinekamm u. Blatt, mit Bellage Pfund **1.15**
- Schweineschinken Pfund **1.25**
- Lieser Pfund **0.80** Gehacktes Pfd. **0.78**
- Kaßler, Speer u. Kamm Pfund **1.25**
- Ausgeflassener Taig Pfund **0.56**

Frishes Rinderzungen Pfund **1.25**
Schweinekotelett Pfund **1.30**
Kalbschnitzel Pfund **2.10**

Prima Gefrierfleisch
Rinderkamm u. Brust . . . Pfund **0.76**

Wurstwaren

- Rot-u. Dampfurst 1.05
- Fleischwurst Pfund 1.20
- Landleberwurst Pfd. 1.20
- Jagdwurst . . . Pfund 1.45
- Mettwurst Braunschw. Art, Pfund 1.45
- Schinkenpolnische 1.60
- Filetwurst . . . Pfund 1.60
- Hildesheimer Pfund 1.60
- Landmettwurst Pfd. 1.60
- Zervelat u. Salami holsteinische, Pfund 1.75
- Leberwurst kleine, Pfd. 1.80
- Teewurst . . . Pfund 1.80
- Speck fett 1.35 mager Pfund 1.55
- Elektro, Rosenthaler Str., Moritzplatz:
 Speckwurst Pfund 1.00
 Knoblauchwurst Pfd. 1.20
 Bierwurst . . . Pfund 1.75

Räucherwaren

- Felbücklinge Pfund 23, 28 Pf.
- Eib-Bücklinge Pfund 25 Kleinteile ca. 3 Pfd. 65 Pf.
- Bundaale . . . Bund 30 Pf.
- Seelachs i. Stück, Pfd. 42 Pf.
- Fischrogen . . . Pfund 48 Pf.
- Kieler Bücklinge 48 Pf.
- Fleckerlinge Pfund 50 Pf.
- Flundern . . . Pfund 52 Pf.

Kaffee

- frisch getrennt, eigene Rösterei
- Konsum-Misch. Pfd. 2.40
- Haushalt-Misch. „ 2.60
- Sonder-Misch. „ 3.00
- Olympia-Misch. „ 3.40
- Globus-Misch. „ 3.80
- Residenz-Misch. „ 4.20
- Spezial-Mischung mit 20% Bohnenkaffee 0.67 4 Pf. 1.10

Obst u. Gemüse

- Ital. Feigen Pfund 25 Pf.
- Amerikaner Pfund 38 Pf.
- Edelrolapfel Pfund 48 Pf.
- Zitronen . . . Dupend 55 Pf.
- Apfelsinen 55, 80, 1 M
- Apfelsinen Halbbütl, Ds. 70, 95, 1.20
- Kalif. Apfel Pfund 45 Pf. Originalkiste an ca. 45 Pfd. brutt. 16 75
- Messina-Apfelsinen Halbbütl, Kiste 80 u. 100 Stück 11 50
- Role Rüben Pfund 10 Pf.
- Rotkohl holl. Pfund 15 Pf.
- Weiß- u. Wirsingkohl 15 Pf.
- Möhren gewaschen, 2 Pfund 25 Pf.
- Sellerie . . . Pfund 28 Pf.
- Blumenkohl Kopf von 48 an

Käse u. Fette

- Camembert vollfett Schedel 24 Pf.
- Limburger Allg., halbfett, Pfund 46 Pf. vollfett . . . Pfd. 95 Pf.
- Steinbuscher halbfett . . . Pfd. 68 Pf. vollfett . . . Pfd. 1.10
- Edamer halbfett Pfd. 68 Pf. vollfett . . . Pfd. 1.10
- Holländer halbfett Pfd. 68 Pf. vollfett . . . Pfd. 1.10
- Steppenkäse dänischer, halbfett Pfund 75 Pf.
- Tilsiter vollfett Pfund 1.30
- Schweizer dän., dreiviertel Pfund 90 Pf. bayr., vollfett, Pfund von 1.40
- Blockkäse, halbfett, ohne Rinde
- Tilsiter Art Pfund 85 Pf. Schweizer Art Pfund 98 Pf.
- Speisetalg 1-Pfd.-Pk. 50 Pf. Kokosfett 1-Pfd.-Taf. 62 Pf.
- Margarine Pfd. 52, 58 Pf. Tafelbutter . Pfund 1.84
- Dän. Butter Pfund 2.00

Wein

- Preise für 1/2 Flasche ohne Glas
- San Antonio lieblicher, spanischer Rotwein 1.00
- 1926 San Justo kräftiger Rotwein, burgunderähnlich 1.40
- 1921 Chät. Cambon kräftiger Bordeaux 1.65
- 1920 Beaujolais Supérieur milder Burgunder 2.00
- 1927 Edenkober lieblicher Pinzwein 1.25
- 1927 Mandel Rosengarten süßlicher Rotwein 1.50
- 1921 Jugenheimer Goldberg Wachstum Diehl, ex. l. Röhrlinca 1.75
- 1926 Rüdeshheimer sehr ansprechender Rheingauer 2.00
- 1926 Brauneberger Falkenberg bestech. Mosel 2.00
- Malaga Golden Herbst 1.40
- Roter Dessertwein (Spezialmarke) kräftig, süß 1.60
- 9 Sorten Wein und Spirituosen vom Faß zu Extrapreisen
- Johannisbeerwein reifolig, extral. Qualität, Liter 0.80
- Wermutwein kräftig, kräftig Liter 1.50

Fische

- Grüne Heringe Norweger u. Schweden, 5 Pfund **0.52 0.68**
- Kabeljau ohne Kopt, ganze Fische **0.15 0.25**
- Bratschollen mittelgroße **0.18 0.28**
- Schellfische mittelgroße Pfund **0.30**
- Filet von Kabeljau Pfund **0.38**
- Zander frisch eingelesen Pfund **0.85**
- Lebende Plötzen größere Pfund **0.60**
- Lebende Karpfen Pfund **1.15 an**

Geflügel

- Gänse gefroren Pfund von **0.78 an**
- Große Tauben Stück von **0.95 an**
- Puten gefroren Pfund von **1.05 an**
- Suppenhähne ungarische Pfund von **1.08 an**
- Enten gefroren Pfund von **1.10 an**
- Wolgahühner Pfund von **1.10 an**
- Suppenhühner Pfund von **1.22 an**

Backartikel

- Olympia-Mehl 5-Pfund-Beutel 1.10 1.18 1.25
- Olympia-Mehl 2-Pfund-Beutel 52 Pf. 55 Pf.
- Rauheiß-Mehl 5-Pfund-Beutel 1.25
- Auszug-Mehl Pfund 20 Pf. 22 Pf. 24 Pf. 26 Pf.
- Kartoffelmehl Pfd. 23 Pf.
- Maispuder Pfund 28 Pf.
- Mandeln süß 2.20 2.80
- Mandeln bitter 2.40 2.90
- Kokosnuß geschält Pfund 58 Pf.
- Vanillinzucker 20 Pf.
- Sultaninen 38, 52, 65 Pf.
- Rosinen Pfund 54, 68 Pf.
- Korinthen Pfd. 60, 75 Pf.
- Zitronat Pfund 1.35
- Mandelio Pfund 65 Pf.
- Backpulver 3 Beutel 30 Pf.

Konfitüren

- Speise-Schokolade 5 Tafeln à 20 Gramm 85 Pf.
- Vollmilk-Schokolade m. ganz Haselnüssen, 2 Tafeln à 100 Gramm 75 Pf.
- Teekuchen Pfd. 1.30 Tee-Schnitte mit Schokolade Pfund 1.50
- Tee-Gebäck Pfund 1.80
- Gold-Bonbon mit Schokolade-Creme-Füllung Pfund 0.75 Pfd. 0.20

ZUM OSTERFEST



Kleider, Mäntel

- Flotte jugendliche Kleider in Wolle, Veloutine, Crêpe Satin in den mod. Ausführungen 18 50
- Frauenkleider in Wolle und Veloutine in nur guten Qualitäten und bester Verarbeitung 26 50
- Jugendliche fesche Mäntel engl. gemustert und in Herrenstoffen 18 50
- Frauenmäntel in Stoffen engl. Art, in imprägnierten Herrenstoffen und in einfarbigem Rip 29 75
- Loden- und Gummimäntel in allen Größen und Qualitäten am Lager
- Backfisch-Sommer-Mäntel Gr. 90 22.- 19.50 15.50 13 50
- Backfisch-Sommer-Mäntel Gr. 95 24.50 22.- 17.- 14 50
- Backfisch-Sommer-Mäntel Gr. 100 31.- 26.- 20.50 18 50
- Backfisch-Kleider in Tricot-Charmeuse, neueste Ausführung 21.50 18 50
- Trikot-Charmeuse-Blusen in allen Größen sortiert 18.75 17.50 14.50 12 50
- Crêpe-de-Chine-Blusen in reicher Auswahl 26.50 23.50 21.- 17 50

Anzüge, Mäntel

- Sportanzüge für Jünglinge, eigene Anfertigung, mod. Cheviotstoffe mit Breeches- oder Knickerbocker-Hose 39 50
- Sportanzüge für Jünglinge, eigene Anfertigung, 4kg. mit Sport- und langer Hose 63 00
- Burschen-Sacco-Anzüge farbig, eigene Anfertigung, gut-gecheviot, stoffe, versch. Muster 39 50
- Sportanzüge für Herren, 4kg. mit Sport- und langer Hose, in Cheviot 72 00
- in Cord 95.- 69 00
- in Loden 86.- 78.- 69 00
- Sacco-Anzüge für Herren, alle Größen und Welten, mod. Cheviot, schöne Muster 49 00
- Sacco-Anzüge für Herren, Cheviot und Kammgarn, Ersatz für Maß 125.- 115.- 98 00
- Herren-Sommer-Mäntel, moderne Ulster- und Schlüsselformen 89.- 79.- 64.- 52 00
- Herren-Sommer-Mäntel, beste Werkstattarbeit 130.- 115.- 98 00
- Herren-Sommer-Paletots, marengo Cheviot 105.- 78 00

Schuhwaren

Für die Dame

- Damen-Lauf-Spangenschuh mit hr. Absatz, Flügelkappe, Zackenbesätze und Zackenrand rehraun, Schaft und Blatt beige 23 50
- Trotteur-Schnürschuh oxblod, Flügelkappe m. sehr eleg. Loch und Zier tepperei, breite kantige Form 21 50
- Lauf-Spangenschuh oxblod, breite kantige Form mit eleganter Zierlochererei, la Rahmenarbeit 19 75
- Chevreau-Spangenschuhe hellgrün, m. weißer Paspel, feinste Ausführung m. echtem L.-XV.-Abs. 26 75
- Chevreau-Spangenschuhe rot 21 75
- Chevreau-Spangenschuhe mit sehr vornehmer, grauer Chevreau-Applikation, L.-XV.-Abs. 22 75
- Lack-Spangenschuhe blau, mit L.-XV.-Absatz 19 50
- Chevreau-Spangenschuhe hellgrün, mit sehr hübscher Zierlochererei, Kuba-Absatz 18 50
- Kalbleder-Spangenschuhe m. sehr aparter beige Combination Trotteur-Abs., feinste Rahmenarb. 16 50

- Spangenschuhe mode, mit sehr hübscher Blattstepperei 14 50
- Spangenschuhe Haselnuß, mit aparter beige Blatteinsatz 10 50
- Sandaletten in allen Modifarben, blau, rot, blond und grau 11.00 9 75

Für den Herrn

- Herren-Halbschuh breite, kantige Form, breite, gestuppte Sohlen unterlegter Zackenrand bei Kappe und Schaft-einsatz, Kappe und Riemenbesatz rehraun, Schaft und Blatt beige 24 50
- Halbschuh Boxcait, oxblod, neueste breite amerikanische Form 21 50
- Halbschuh Boxcait, braun 19 50
- Reformschuh Mastbox, braun 16 50
- Halbschuh Rindbox, braun, in moderner, halbrunder Form 15.50, 14.50 12 50

Konsum Warenhäuser

Gesundheitswesen und Wohlfahrtswesen.

Weitere Beratung des Stadthaushaltsplanes für 1929.

In der Stadterordnetenversammlung konnte gestern die Beratung des Stadthaushaltsplanes ein tüchtiges Stück fortgeschritten. Die Reden der Kommunisten und der Deutschnationalen, der beiden Ablehnungsparteien, waren wieder darauf berechnet, auf die Wähler zu wirken. Beim Gesundheitswesen richtete Genossin Dr. Frankenthal scharfe Angriffe gegen den Stadtmedizinalrat, weil in den Krankenhäusern die nötigen Spezialabteilungen noch fehlen und die Bettennot noch nicht behoben ist.

Der Vorsteher Genosse Hafz widmete dem gestern früh verstorbenen früheren Stadterordneten, Stadtrat und nachmaligem Stadtältesten, Genossen August Hünze einen ehrenden Nachruf, in dem er insbesondere die Verdienste Hünzes um die Wohlfahrtspflege hervorhob. Der Verstorbene hätte es bis unmittelbar vor seinem Tode als seine Pflicht angesehen, im Dienste der Allgemeinheit tätig zu sein. Die

Beratung des Haushaltsplanes für 1929

wurde fortgesetzt. Genossin Dr. Käthe Frankenthal hob den Willen aller Parteien, die zur öffentlichen Gesundheitspflege nötigen Mittel zu bewilligen, hervor. Geparat werden könne nicht zuletzt bei den Anträgen, die von der kommunistischen Fraktion herkommen. Was soll z. B. ein Antrag, der eine Erhebung in den Betrieben bei den Arbeiterinnen darüber verlangt, wieviel Fehlgeburten sie schon gehabt hätten? Solche Statistiken sind nicht nur überflüssig, sondern sie sind auch unüberlegt, weil sie der Schnüffelerei im Privatleben der Arbeiterinnen Tür und Tor öffnen. (Sehr wahr! bei den Soz.) Die Rednerin forderte eine Arbeitsgemeinschaft zwischen der städtischen Gesundheitspflege, den Krankenkassen und der Landesversicherung unter der Führung der Stadt. Eine solche Arbeitsgemeinschaft sei deswegen dringend notwendig, weil gegenwärtig die Gesundheitspflege durch- und gegenständig arbeiten. Eine Gesundheitsberatung, die da aufhört, wo die Hilfe anfangen müßte, ist keine Fürsorge; ärztliche Beratung und ärztliche Hilfe gehören zusammen! Für die Erhebung ist die Schaffung von Richtlinien dringend erforderlich. Zu bedauern sei, daß die Deutschnationalen das als nicht eilig hingestellt haben. Selbst wenn man auf dem Standpunkt stehe, daß die begüterten Bevölkerungskreise in jeder Lebenslage die Beratung durch Privatärzte genießen, so sollte aber doch mehr als bisher an die Arbeiterinnen in der Fabrik gedacht werden, die bei der Erziehung vor einem ungleich wichtigeren Lebensabschnitt steht. Eine Geburtenregelung sei eine nationale Pflicht. Dabei sehen wir nicht nur als „nationale Pflicht“ an, daß dem Staat mehr Kinder zugeführt werden, sondern daß diese Kinder auch gesund und lebensfähig sind. Vielleicht darf man in diesem Zusammenhang, so führte Genossin Frankenthal weiter aus, auch die begüterten Kreise an ihre nationale Pflicht erinnern, mehr als bisher eine Geburtenregelung in dem Sinne durchzuführen, daß mehr Kinder gerade von ihnen gezeugt werden. — Stadtv. v. Jädlin sprach sich gegen die angebotene Sozialisierung und Kommunalisierung der Gesundheitspflege aus.

Im Laufe der fortgesetzten Debatte brachte Stadtv. Merx (Dem.) Angriffe der Berliner Zeitung „Kleines Journal“ gegen die Milchversorgung

zur Sprache. Er erbat vom Magistrat eine Antwort über die Ergebnisse der ständigen Milchkontrolle. Stadtmedizinalrat Prof. Dr. v. Drigalski erklärte, daß kein gesetzlicher Zwang zur Milchkontrolle bestehe. Alles, was in dieser Hinsicht gemacht wird, sind freiwillige

Mahnahmen der Stadt. Diese Kontrollen erstrecken sich nicht auf die vielen Arten von Milch, die aus den Großmolkereien kommen, sondern auch auf die Konsumentenmilch, die von den kleinen Landwirten nach Berlin geschickt wird. Besonders Augenmerk richtet die Gesundheitsverwaltung auf den Ertrag der Holzgefäße durch verzinnte Blechkannen. Die Proben, die die Gesundheitsverwaltung anstellt, erstrecken sich auf das Alter der Milch, auf ihren Eiweiß- und Fettgehalt, auf etwaigen Schmutz und auf ihren bakteriologischen Zustand. Dabei konnte festgestellt werden, daß seit dem Kriege der Qualitätsgrad der Milch sich ständig bessere. Soweit die Milch in der Stadt selbst und in ihrem engsten Umkreis produziert wird, sind alle Erzeuger zum Zwecke der Kontrolle zusammengefaßt in Gemeinschaften, die ihre Milch freiwillig der Untersuchung unterwerfen. Bei dem großen Milchverbrauch Berlins ist es nicht zu ändern, daß erhebliche Mengen von weit her eingeführt werden müssen, die dann nicht in wünschenswertem Maße kontrolliert werden können. Von dieser Milch wird aber verlangt, daß sie pasteurisiert ist. Der Stadtmedizinalrat wandte sich mit aller Schärfe gegen die maßlos übertriebenen und nur der Sensation dienenden Darstellungen der Zeitung und bezeichnete es als einen Unfug, zu behaupten, die Berliner Milchkontrolle sei kein Schutz für die Bevölkerung.

Um das Kapitel Krankenhäuser entspann sich dann noch eine lebhafteste Debatte, in der Genossin Dr. Käthe Frankenthal eine stärkere Vermehrung der Krankentbetten forderte und dabei vom Hauptgesundheitsamt mehr Initiativen verlangte. Zu fordern sei auch die Einrichtung von Spezialabteilungen in den Krankenhäusern, eine Forderung, die der Stadtmedizinalrat zu prüfen versprach. Um 19 Uhr wurden

die Abstimmungen

zu den bisher verhandelten Kapiteln: Polizei, Wohnungs- und Siedlungswesen, städtische Gesellschaften, Schulen aller Arten und Gesundheitswesen mit Krankenhäusern vorgenommen. Dabei mußte über nicht weniger denn 118 Anträge abgestimmt werden, von denen 114 die Kommunisten und vier die Deutschnationalen einbrachten. Diese Anträge wurden sämtlich abgelehnt, dagegen wurden die Beschlüsse des Haushaltsausschusses zu den einzelnen Kapiteln von der „Stimmmehrheit“, bestehend aus Sozialdemokraten, Demokraten, dem Zentrum, den Volksparteikern und Wirtschaftlern angenommen. Zu drei Anträgen waren dann noch namentliche Abstimmungen beantragt.

Bei den Kapiteln Jernspflege, Rettungswesen, Leibesübungen, allgemeine Wohlfahrtspflege wurde die Beratung fortgesetzt. Bei den Leibesübungen beklagte sich Stadtv. Quast (Komm.) darüber, daß das kommunistische Sportkartell bei den Feldjagdwettbewerben unberücksichtigt blieb. Er kündigte dem Räteamt den Besuch einer Sportier-

Jugendweihen der Arbeiterschaft Groß-Berlins.

Sonntag, den 24. März: Berlin, Großes Schauspielhaus, Karlstraße, 9 Uhr. Saalöffnung 8¼ Uhr. Abendort 12 Uhr. Saalöffnung 11¼ Uhr. Lichtenberg, Aula des Gymnasiums, An der Parkaue, 10 Uhr. Saalöffnung 9¼ Uhr. Abendort 13 Uhr. Saalöffnung 12¼ Uhr. Pankow, „Tivoli“-Lichtspiele, Berliner Str. 27, 11 Uhr. Saalöffnung 10¼ Uhr. Karfreitag, den 29. März: Berlin, Gr. Schauspielhaus, Karlstraße, 11 Uhr. Saalöffnung 10¼ Uhr. Ostersonntag, den 31. März: Charlottenburg, „Piccadilly“-Lichtspieltheater, Bismarckstraße 93, 11 Uhr. Saalöffnung 10¼ Uhr. Chorgesang / Musik / Weiberede / Sprechchor u. a. m. Gastkarten für die Jugendweihen (außer Gr. Schauspielhaus) sind am Tage der Weihen an den Kassen erhältlich.

Kommision in seiner Wohnung an, die ihn aufklären würde. Der Räteamt verwies die Kommunisten an die städtische Deputation, die die Verteilung der Mittel vorgenommen hatte. Genossin Lodenhagen stellte fest, daß die Behauptung der „Noten fahre“, der Wohlfahrtsrat sei im Haushaltsausfluß geführt worden, glatt unmaß ist. Im Gegenteil, die Ausgaben sind erhöht worden. Das Prinzip der individuellen Fürsorge sei hochgehalten gegenüber den Verallgemeinerungen der Kommunisten.

Die Beratungen werden heute abend um 16¼ Uhr fortgesetzt. Es steht zu hoffen, daß der Haushalt dann zum Abschluß gebracht wird.

Raubüberfall in der „Goldenen 6“.

Die Täter zunächst entkommen. — 500 Mark Belohnung.

Im Hause Gerichtstraße 79, das wie die ganze Gegend im Volksmunde den Namen „die goldene Sechse“ führt, wurde auf die Inhaberin des Kellertabens, die 66 Jahre alte Frau Auguste Zwick, ein Raubüberfall verübt.

Um die Mittagszeit war Frau Zwick allein im Laden, zu dem ein halbes Dutzend Stufen hinunterführen, als ein junger Mann erschien und einige Wäschekammern kaufte. Nach kurzer Zeit kehrte er mit einem zweiten auch noch jungen Manne zurück und verlangte nun ein Paar Pantinen. Während Frau Zwick sich zu dem Regal wandte, in dem die Pantoffeln stehen, fielen die Wurschen mit vereinten Kräften hinterwärts über sie her, warfen sie zu Boden und fesselten ihr die Hände. Der eine ergriff dann einen Hammer, der im Geschäft auf dem Ladentisch lag und schlug blindwütend auf den Kopf der Frau ein. Gemeinsam schleppten sie die Wehrlose nach der Wohnung und warfen sie auf das Bett und drückten ihr ein Kissen auf das Gesicht, so daß sie nicht um Hilfe rufen konnte. Während der eine der Räuber sie immer noch in Schach hielt, riß der andere aus einem Schrank, den sie bezelchnet hatte, etwa 200 Mark bares Geld heraus. Damit waren sie aber nicht zufrieden. Die alte Frau, die im Zwischenraum von Schrank und Blutverlust ohnmächtig geworden war, lag regungslos auf dem Bett. Die Räuber durchwühlten nun alle Behälter, rissen heraus, was ihnen in die Hände kam, erbrachen auch die Ledertasche und fanden darin noch etwa 100 Mark im Silbergeld. Dann ergriffen sie die Flucht über den Hof nach der Schönwälder Straße zu. Inzwischen war Frau Zwick wieder zu sich gekommen und hatte unter Mühe die Treppe zum Laden erreicht. Nachbarn nahmen sich sofort der Verletzten an und sorgten für ihre Ueberführung nach der Rettungswache. Dort erhielt Frau Zwick die ersten Verbände. Andere Leute hatten inzwischen das Ueberfallkommando gerufen, das das Haus Schönwälder Straße 6 umstellte und absuchte. Die Räuber wurden aber nicht mehr gefunden.

Durch ärztliche Untersuchung ist inzwischen festgestellt, daß die alte Frau von den Rohlingen sehr abel zugerichtet worden ist. Die mit dem schweren Böttcherhammer geführten zahlreichen Schläge haben blutunterlaufene Stellen auf dem Kopf hinterlassen und das Schädeldach ist angeklagen. Die Verletzungen sind so schwerwiegend, daß Frau Zwick einem Krankenhause zugeführt werden mußte.

Für die Ergreifung der Räuber ist jetzt von der Kriminalpolizei vorläufig eine Belohnung von 500 Mark ausgesetzt worden. Sie ist ausschließlich für Mitteilungen aus dem Publikum bestimmt. Sachdienliche Angaben erbittet die Kommission Johannes Müller-Rassow im Polizeipräsidium.

Die Weibgerberwitwe Frau Lina Rosendorff, Immanuelkirchstraße 15, hat gestern gesund und munter ihr 80. Lebensjahr vollendet.

Die Ordner der proletarischen Feiertunden treffen sich zur Hilfe bei den Jugendweihen im Großen Schauspielhaus am Sonntag, dem 24. März, pünktlich 1/8 Uhr, Eingang Schiffbauerdamm.

Der Aufruhr des schiefen Calm

Roman einer Revolution. Von Gerhart Herrmann Mostak

Lange sah sie, manchmal leise seufzend, und sah auf die Straße hinaus. Sie hörte die letzten fleißigen Hammerschläge aus der Werkstatt und lächelte froh. Das war ihr Verdienst, daß ihr Mann nicht rumlaufen mußte wie Ziegler oder wie Hecker-Calm, daß er Hoflieferant war, daß ihr Junge Lehrer wurde und als einer der besten Schüler des Seminars galt — sie hatte all das geschafft, sie, die ihre Jugend in der Zuckerfabrik hatte verbringen müssen, unter niederstem Volt. Sie seufzte schwer in der Erinnerung an diese Jahre; und vor dem Abendbrot tapfte sie noch eine Weile in ihrer Küche umher, unter all den überflüssig vielen Töpfen und Kellen und Reifeln und Tellern, die so glänzten, daß sie den winzigsten Brocken Licht fingen, daß keine Nacht den Raum ganz dunkel machen konnte. Sie schmerzte sogar mit sich selbst, war zufrieden mit ihrem Fett und stolz darauf; man sah doch, daß sie's hatten, Kniephadens, Gott sei Dank!

Und beim Essen war sie zu ihrem Mann wie sonst: derb, großschänzig, selbstfischer, antreibend.

„Haste Calm heute geföhnt? Warn widder de Bengels hinter'n här?“

„Jo,“ murzte Kniephade gequält, abweisend.

„Jojo, so is es nu . . . Das is grade so, als wenn uns das allens zukommen wär, was die verloren han: Calm un Ziejerer und de Jülmern und so. Du kannst wirklich Gott danken — meenste nich oo?“

„Ja doche — ja doche!“

„Jotte nee — nu heer mich schon uff mit deine Ffemotanten! Wär hätte dich denn was jegawen, wenn du dich nich ausgefehnt hättest mit Trosefgen un mit'n Harzog, hä? Ziejerer villeicht? Odder Calm? Nee, nee — jeder kriecht, wie'n ersch verdient! Wenn ich so wäre wie du, denn kenne ich heite widder in de Zuckerfabrike jehn, un du kenntest dich auslachen lassen von die Jörn!“

„Jo, jo, Mutter, hast jo recht.“

Sie gab sich zufrieden. Über als sie im Bett lagen, rief sie ihn noch einmal: „Justoo?“

„Jo?“
„Kucke ma,“ sagte sie unvermittelt und fast weich, „die verlehns jo nich besser und kenn'n oo jarnich annerch, die in de Zuckerfabrike, meene ich. Die sin awen dumm. Sonst täten se doch for sich jellewer sorjen. Wahr?“

„Jawoll, Mutter, Ru schlaf man.“

Aber es wollte nicht gehen mit dem Schlafen. Das Fett drückte; es war, als ließe es den Atem nicht durch bis zur Lunge. Im Halbschlaf, der endlich kam, mußte sie immer an die Fabrikjahre denken; sie sah sich, wie sie damals war, als Kniephade sie da rausgeholt hatte: breitknöchig, aber es war kein Fleisch darüber, so armselig war sie gewesen, daß das Ungeziefer in den Verschlägen sie in Ruhe ließ; dann war die Ehe und der Junge und mit ihm das Fleisch gekommen. Und dann kamen die fetten Jahre nach 48 . . . Ihr Denken wurde Traum. Der Kreisdirektor von Trosef stand darin, groß und furchtbar wie der liebe Gott; und es war damals, und er hatte noch seine Ministeruniform an, und er lächelte; und die dicke Jülmern war auch da und die Mengen, und Trosef ging auf die Jülmern los und strich ihr über den Körper, und da war die Jülmern mit einem Male viel dünner; und Trosef trat zu ihr, zu Luise, und strich ihr auch über den Körper, und sie wurde gleich dicker; und dann ging Trosef zur Mengen, und die wurde auch dünner, und auch deren Fett gab er Luise; und so fort, immer abwechselnd, und die beiden Frauen wurden immer hagerer, scheußlicher, Schicht um Schicht, und sie selbst immer dicker, Schicht um Schicht, und sie machte jedesmal einen Knicks, wenn der liebe Gott Trosef sie ansahelte . . . Aber dann begann es des Guten zu viel zu werden; das Fett drückte; sie bat Trosef, aufzuhören; aber der lachte nur lustig und gab weiter . . . Es war ihr, als wüchse das Fett gar nicht an; als gehörte es gar nicht zu ihr; als sei ihr richtiger Körper immer noch der breitknöchige, fleischarme des Fabrikmädchens aus Waldau, als liebe Trosef Lage um Lage darüber und darunter; und sie fühlte, wie ihre Knochen die Last nicht aushielten, und wollte die Hände ringen, aber sie belam sie nicht mehr zusammen, und Trosef johlte vor Vergnügen und rollte sie durch die Stadt und rief immerzu: „Das Fass, das Fass!“ — „Ich will widder in de Fabrike,“ schrie sie. „Laßt mich in de Fabrike!“ — da zerbrachen ihre Knochen unter der Last, ihre Lungen plagten, sie wollte schreien, konnte nicht —

Kniephade erwachte durch ihr Stöhnen; er war an ihre Asthmaanfalle gewöhnt. Ruhig, ohne sich zu übereilen, legte er sie auf den Rücken, drückte ihren Kopf nach unten, schwang ihre Arme hinauf und hinab, bis sie wieder tief atmete — streichelte sie noch einmal und legte sich wieder schlafen.

Ihren leise herausgestöhnten Seufzer: „Jotte nee, ich

muß je woll starren!“ hörte er schon nicht mehr. Sie konnte nicht wieder einschlafen, wie sonst; sie mußte immer an die Gefellen denken, an die Worte vom faulenden Holz und vom Fass, das nicht mehr zu reparieren ist . . . Ihre Gedanken, die nicht ganz deutlich waren, die eigentlich mehr Bilder darstellten und eher vor ihren Augen lagen als in ihrem Kopf, schilderten ihr immer wieder die Fabrik; dann sah sie wieder trampfhaft in der Stube umher, in die langsam und feucht das Morgendämmern troch, so daß das Fensterglas hart und schwarz in einem grauen, misttönigen Bieder stand; sie wollte sich ganz klar machen, wohlthuend klar machen, wo sie jetzt war, wer sie jetzt war, wie gut und reich es jetzt um sie war; aber es gelang ihr nicht, alles kam ihr fremd vor, um sie herumgestellt, und sie sann darüber nach, wie es wohl jetzt, nach bald zwanzig Jahren, draußen in der Fabrik aussehen mochte . . . hatte ihr nicht neulich jemand gesagt, daß sie jetzt da eine Maschine hätten, die mit Dampf betrieben wurde und das Zerkleinern der Rüben ganz allein besorgte?

Als draußen die Sonne durchbrach, begann ihr die Luft im Schlafzimmer wieder quälend zu werden; sie schmeckte ihr nach Schweiß, ganz sauer, und sie dachte an den süßlichen Geruch der Rüben . . .

— Am Morgen, als eben die Arbeit begonnen hatte, ging ein sicherndes Staunen durch die Arbeiter in Waldau: das Fass ging durch die Fabrik . . .

Mit quergestellten, unförmigen Füßen patzte Luise Kniephade die Reihe der Verschläge entlang, welche die Wohnungen der Arbeiter darstellten. Die Fabrik war ehemals ein Gut gewesen, und man hatte die lange Reihe der Pferdebeställe als Baracken eingerichtet. Man hatte nichts umgebaut oder eingebaut: je zwei Pferde waren durch ein mannshohes Stück Mauer voneinander getrennt gewesen; man hatte nur die Pferde herauszunehmen brauchen und an ihrer Stelle je eine Familie oder mehrere Einzelpersonen hineinzulegen; das Stroh war zu Betten geschichtet, die Raufe war Tisch geworden oder Truhe oder Säuglingsbett, wenn's not tat, und das tat oft not. Die Stallaternen waren da gewesen, die kleinen Luftlöcher dienten als Fenster, und an die Stelle des herben Pferdegeruches war der dumpfe Menschenbrodem gekommen, und an die Stelle der Bremsen anderes stehendes, juckendes Ungeziefer, und an die Stelle des tiefen, leitenen Aufschlagens der Hufe und des Schnaubens der Küstern das Trappeln, Schwachen, Schimpfen, Stöhnen der Weiber und Männer, die sich sehen konnten in allem, was sie trieben, wenn sie über das Stück Mauer blickten, und sich hören konnten, jeder jeden und jedes, auch wenn sie das nicht taten.

(Fortsetzung folgt.)

„Ein Gedicht!“



Frische Eleganz die grobe anmutige Glöde aus dem modernen Exoten-Geflecht mit eleganter Band- und Blumen-Garnitur
12⁵⁰

Das hören wir jetzt tagtäglich in unserer Hut-Abteilung, und unsere niedrigen Preise machen das „Gedicht“ nur wohlklingender.

In unserer Abteilung für Damen-Kleidung wiederum sind die Ausdrücke: „herrlich“, „wundervoll“ und „fabelhaft“ (letzterer hauptsächlich mit Rücksicht auf den Preis) gang und gäbe.

In der Herren-Abteilung dagegen hört man so etwas nicht. Die Männer sagen nicht viel, allenfalls hört man sie ein „unbegreiflich“ murmeln. Die gehen stillvergnügt nach Haus, dann aber preisen sie ihren Kauf und raten all' ihren Freunden und Bekannten:

① Die schicke Neuheit des Frühjahrs: hohelegantes Veloutine - Jäckchenkleid mit ärmelloser, reich bestickter Crêpe de Chine-Bluse; Jäckchen abnehmbar. Aus prima Veloutine
37⁵⁰

② Der hochmoderne Frühjahrs-Mantel aus moderner Ware, mit schöner angewebter Abseite. Die flotte Form in eleganter Paßform und mit guter Innen-Ausstattung
79⁵⁰

③ Von der Mode bevorzugt: ganz auf Kunstseiden-Duchesse, der elegante Herrenstoff-Mantel für Stadt und Reise. Mit sparter Rückenpartie, in Modelarben
43⁷⁵



GEHEN

SIE ZU



Oranienstr.40 Chausseestr.113 Königstraße33
 Am Oranienplatz Beim Stettiner Bahnhof Am Bahnhof Alexanderplatz

Herren- bzw. Knaben-Kleidung in den beiden Geschäften: Königstr. / Chausseestr.

Nachdruck von Wort und Bild verboten!

Die obigen Angebote stehen Ihnen ab Freitag zur Verfügung! – Schriftliche Bestellungen können nicht berücksichtigt werden!

Bei schönem Osterwetter

mit dem Elektrigrammophon KOFFER-APPARAT ins Freie!

Bei schlechtem Wetter dieselbe Freude zu Hause - mit den herrlichen POLYFAR-RAUMTON-PLATTEN

Einget. Schutz.

Apparate zu günstigen Zahlungsbedingungen

GRAMMOPHON-SPEZIALHAUS
BERLIN W
189 Friedrichstrasse 189
14 Tannenkienstrasse 14

Gr. Schauspielhaus 81 Metropoltheater 8
Künstlerische Leitung:
ERIK CHARELL

Der liebe Augustin
Lustige Witwe

von Bernau und Weich
Alfred Braun
Mady Christians
Trude Lieske
Siegfr. Arno
Paul Morgan
Paul Westermeyer
Gustav Matzner

Fritzi Massary
Max Hansen
Uschi Elliott
W. Jankuhn
H. Junkermann
W. Schaeffers

Martina Winkelstein
Iwan Erll
Gudrun
Grete Walter / Guss Sommer
Günther
Lutz
Marta Lehnd
Ernst Hantsch
Rudolf Perak

Sonntag 3 Uhr ungek. Vorstellung Kleine Preise
Neu auf Electro

Volksbühne
Theater am Hiltzplatz
8 Uhr
Kreuzabnahme

Theater am Schillerdamm
8 Uhr
Die Krankheit der Jugend

Thalia-Theater
8 Uhr
Oelrausch

Staatl. Schiller-Th.
8 Uhr
Pietro Aretino

Staatstheater am Platz der Republik
7 1/2 Uhr
Don Giovanni

Theater am Schillerdamm.
Norden 1141 u. 281.
Täglich 8 1/2 Uhr
Krankheit der Jugend
von Ferd. Bruckner
Insz. Gust. Hartung.
Lennarz,
Sclita Brod,
Kahner, Damme,
Andersen, Rappard
u. Buschönsky.

Deutsches Theater
D. 1. Norden 12 310
8 U. Ende nach 10 1/2

Die lustigen
Weiber von Windsor
von Shakespeare
Regie: Heinz Hiltbert

Kammerspiele
D. 1. Norden 12 310
8 1/2 U., Ende geg. 10

Die Ursache
Schauspiel
v. Leonhard Frank
Regie: Hans Deppe.

Die Komödie
J. Blumck. 2414/7516
8 1/2 U., Ende geg. 10

Wann kommst Du wieder?
Komödie
von S. Maugham.
Regie:
Gustaf Gründgens

Barnowsky - Bühnen
Theater in der
Königsplatz Straße
Täglich 8 1/2 Uhr
Rivalen

Komödienhaus
Täglich 8 Uhr
Die Drei - Groschen-Oper

Theater am
Nollendorfsplatz
Täglich 8 1/2 Uhr
Das Gold auf der Straße

Platanarium am Zoo
16 1/2 Uhr Sternhimmel
des Frühjahrs
18 1/2 Uhr Sternbilder
und Weltbau
20 1/2 Uhr Wunder des
südlichen Himmels
Tägl. außer Montags
u. Mittw. Erwachs.
1 Mk., Kinder 50 Pf.
Mi. tw.: Erwachsene
50 Pf., Kinder 25 Pf.

Dtsch. Künstler-Th.
8 1/2 Uhr
Pottasch und Perimutter als Detektiv
Paul Grätz,
Karl Eitlinger.

Dr. Zinssers
Gicht- u. Rheu-
matismus-Tee hat
sich seit 20 Jahren
erprobt. Jeder
20 000 Kuren erproben.
Paket 1.50 u. 7.50
In fast allen Apotheken.
Dr. Zinsser & Co.,
Leipzig 75.

Blauband
1 REICHS MARK

Jedes Pfund „Blauband“ spart dir 1 Mark

Eine solche Verdienstmöglichkeit darf sich keine tüchtige Hausfrau entgehen lassen. Die Feinkostmargarine „Blauband“ ist appetitlich und vollwertig wie kaum ein zweites Nahrungsmittel. Millionen Hausfrauen wissen mit „Blauband“ sparsam und gut zu wirtschaften. Folgen Sie Ihrem Beispiel.

Feinkost-Margarine
Blauband
frisch geküht

Achtung! Freidenker Achtung!

Sonnabend, den 23. März, 19 1/2 Uhr
Aula Sophien-Lyzeum, Weinmeisterstr. 16/17

Vortrag:
„Therese von Konnersreuth“

Theater,
Lichtspiele usw.

Komische Oper (8 1/4)
Die große Revue
Paradies der süßen Frauen!
100 Mitwirkende.

Freitag, d. 22. 3. Freitag, d. 23. 3.

Staats-Oper
Unter d. Linden
12 Uhr: Sinfonie-
Mittagskonzert
20 Uhr
8. Sinf.-Konzert

Stadt. Oper
Bismarckstr.
Turnus II
20 Uhr
Bohème

Staats-Oper
Am Platz der Republik
S. 73
19 1/2 Uhr
Don Giovanni

Staatl. Schauspiel.
an Schillerdamm
A.-V. 70
20 Uhr
Karl u. Anna

Staatl. Schiller-Theater, Charlth.
20 Uhr: Zum 1. Male
Pietro Aretino

8 1/2 Uhr **CASINO-THEATER** 8 1/2 Uhr
Lotturiger Straße 37.
Neul **Neul**
„Eine ungeliebte Frau“
und ein erstklassiger bunter Teil.
Für unsere Leser Gutscheine für 1-4 Pers.
Fauteuil nur 1.15 M., Sessel 1.65 M.
Sonstige Preise: Parket u. Rang 0.80 M.

Renaissance-Theater
Hardenbergstr. 5. Tel.: Steingl. 801 u. 7563/84
8 1/2 Uhr. Zum 92. Male: 8 1/2 Uhr
Die Weiterfolgskomödie
„Das große ABC“
von Marcel Pagnol
Reg: Gust. Hartung. In Premierenbestz.

Winter Garten
8 Uhr - Zeitr. 2019 - Saubere erlaabt

... und das macht nicht
etwa nur der bewährte
Programm-Höhepunkt
Otto Reutter, sondern
auch alles, was vor und
nach seinen rollenden
Augen und seinen die-
mal netten und aktuellen
Couplets zu hören und zu
sehen ist ...

B. T. v. 10. 3.

Reichshallen-Theater
Altehandl. 7 Uhr, Sonntag Nachm. 3
Sittlicher Sänger
Nachm. halbe Preise,
volles Programm!
Billetbestellungen
Telephon: Zentrum 11293.
Oönhoff-Brettl:
Vorfeld / Konzert / Tanz.

SCALA
8 Uhr u. 5. Barbara 9256

Dop-Zipa, das jugendl. Ball-
Wunder, Arcan Broth, Musical-Clowns
und die sonstigen Attraktionen!

Sonnabends u. Sonntags
je 2 Vorstellungen
3^o und 8 Uhr - 3^o zu ermäßigten
Preisen das ganze Programm

PLAZA
Am Küstriner Platz
Alex. 8066-68

Tägl. 5, 8 1/2, Sonntag 2, 5, 8 1/2
Sonnab. u. Sg. sämtl. 3 Vorstell.
ausverkauft!
Morgen beginnt der Vorverkauf
für beide Osterferien.

Theater a. Kottbuser Tor
Kottbuser Str. 8. Tel. Mpt. 18077
Täglich 8 Uhr, auch Sonntag
nachm. 3 Uhr (ermäßigte Preise)

Elite-Sänger
s. s. „Die Schönheitskönigin“
verbunden mit Modenschau.
Allgem. Preisersabsetzung auf allen Plätzen

Ziehung 20. bis 26. April
Siebente

Volkswohl-Lotterie
48 000 Gewinne u. 3 Prämien aus M.
Höchstgewinn
auf ein
Doppel-
los
430 000
150 000
75 000
50 000
25 000
20 000
10 000

Losse zu 1 M., Doppellosse zu 2 M.
Glücksbriefe mit 5 Losen art. 5 M.
Glücksbriefe mit 10 Losen art. 10 M.
Porto und Gewinnliste 35 Pf.
empfehlend und versendet

G. Dischlatis & Co.
Berlin C2, Königstraße 81
Postcheckkonto Berlin 6772
Tel. Berlin 1997.
Losse auch zu haben in all. durch
Plakate kennl. Verkaufsstellen.
Für alle Gewinne aus
Wunsch 90 % bar

Glas und Kristall
auch in 12 MONATS RATEN

Raddatz & Co.
Berlin, Leipzigerstr. 122-123

Oster-Wein
SANTA LUCIA
Der Wein zur Stärkung!

Unserem langjährigen Partei-
und Fraktionsgenossen
Gustav Tempel
anlässlich der Vollendung
seines 70. Lebensjahres die
herzlichsten Glückwünsche!
Lichtenberg, 21. März 1929.
Kreisverband und Bezirks-
verordneten-Fraktion des
17. Verwaltungs-Bezirks
(Lichtenberg).

Unser hochverehrter Genosse
Gustav Tempel
zu seinem 70. Geburtstag die
herzlichsten Glückwünsche!
Die Funktionäre und Genossen
des 118. Abteilungs.

Preussische Zentralstadtschaff zu Berlin.
Zeichnungseinladung
auf
Goldmark 5.000.000.-
8%ige reichsmündelsichere Goldpfandbriefe Reihe 22
zum Vorzugskurse von 97 %.

Gesamtfündigung bis zum 1. November 1934 ausgeschlossen.

Zeichnungsfrist: Vom 22. März bis 11. April 1929; vorzeitiger Zeichnungsschluss
bleibt vorbehalten.

Die Zulassung der Reihe zum Handel und zur Notiz an den Börsen zu Berlin, Weeslau
und Hannover ist beantragt; der Börsennotierungskurs beträgt 97 1/2 %.

Zinstermine: 1. Mai und 1. November, erster Zinsausweis fällt am 1. November 1929.

Stückelung: Gm. 100.-, 200.-, 500.-, 1000.-, 2000.-, 5000.-. Die zur Lieferung der
effektiven Stücke, die freizeigend erfolgt, werden Raffenzuweisungen oder Zinsreim-
scheine abgegeben.

Die Goldpfandbriefe sind tilgbar in Höhe von jährlich mindestens 1/5 % der ge-
samten Reihe durch freihändigen Verkauf oder durch Auslösung zum Nennwert.

Die Goldpfandbriefe der Preussischen Zentralstadtschaff werden, sobald der
Umlauf einer Reihe eine gewisse Höhe erreicht hat, von der Reichsbank in Klasse „A“
beliehen.

Zeichnungen werden von allen öffentlichen und privaten Banken, Sparkassen, Stadt-
schaften sowie der unterzeichneten Körperschaft entgegengenommen. Ausführliche Prospekt
sind bei diesen Stellen erhältlich.

Preussische Zentralstadtschaff
Körperschaft des öffentlichen Rechts
Berlin W10, Victoriastraße 19-20

Telegramm-Adresse: Städt. Schaff, Berlin. Fernsprechanhänge: Amtlich 5867, 5869, Amtlich 5848 (für Beratungsgespräche).

Geparatismus in der Elektropolitik

Bergebliche Abwehr der Vereinigten Elektrizitätswerke Westfalen.

Wir erhalten von der Vereinigte Elektrizitätswerke Westfalen G. m. b. H. einen Brief (gez. Dr. Krone), den wir im folgenden auszugsweise wiedergeben:

„An Nr. 129 Ihres Blattes vom 17. März 1929 lesen wir einen Aufsatz, der sich mit der Bildung der „Westdeutschen Elektrizitätswirtschaft A. G.“ befaßt und unsere Beteiligung an dieser Gesellschaft kritisiert.“

Auch diese Kritik an der Gründung der „Westdeutschen Elektrizitätswirtschaft A. G.“ geht — wie der im „Volkswirt“ erschienene Aufsatz — von falschen Voraussetzungen aus. Es handelt sich bei der Gründung der „Westdeutschen Elektrizitätswirtschaft“ keineswegs um eine Aktiendeckung, die „A. G.“ für deutsche Elektrizitätswirtschaft. Wir brauchen also niemandem den Steigbügel zu halten. Keiner der Gründer der „Westdeutschen Elektrizitätswirtschaft“, auch nicht das RWE, hat irgendeine Begrenzung gegen die „Aktiengesellschaft für deutsche Elektrizitätswirtschaft“ im Sinne. Einer der Hauptzwecke der „Westdeutschen Elektrizitätswirtschaft A. G.“ ist vielmehr gerade die Beteiligung an der „A. G.“ für deutsche Elektrizitätswirtschaft, über die hoffentlich in nächster Zeit eine allseitig befriedigende Verständigung herbeigeführt werden kann.

Doch sich die größeren Werke innerhalb der westdeutschen Elektrizitätswirtschaft zu einer Interessengemeinschaft zusammenschließen, wie sie die neue Aktiengesellschaft darstellt, ist aus allgemeinen wirtschaftlichen Gesichtspunkten durchaus zu begrüßen. Die Gründerwerke haben schon jetzt starke technische Zusammenhänge; diese noch zu vermehren und dadurch immer größere Sicherheiten sowie einen Ausgleich zwischen westfälischer Steinkohle, rheinischer Braunkohle und süddeutschen Wasserkraften zu schaffen, ist durchaus erwünscht. Doch diese Interessengemeinschaft nicht ohne das RWE, geschaffen werden konnte, liegt angesichts der bedeutenden Rolle, die das RWE innerhalb der westdeutschen Elektrizitätswirtschaft spielt, auf der Hand. Irgendeinen Einfluß auf die Selbständigkeit der Gründerwerke hat diese Vereinigung jedoch nicht. Im Gegenteil, im Gesellschaftsvertrag ist jedem Gründerwerk ausdrücklich die Aufrechterhaltung seiner Selbständigkeit garantiert.

Im übrigen darf jedoch nicht außer acht gelassen werden, daß auch das RWE mit dem überwiegenden Teil seines Aktienkapitals im Besitz von Kommunen ist und daß selbst der preussische Staat bzw. die Preussische Elektrizitäts-A. G. in sehr erheblichem Umfange an dem Aktienkapital des RWE. beteiligt und in seiner Verwaltung vertreten ist.

Es liegt nicht eine einzige Tatsache vor, die uns hinsichtlich unserer Beteiligung an der „Westdeutschen Elektrizitätswirtschaft A. G.“ zu einer Entschuldigung oder einer Selbstanklage Veranlassung geben könnte. Unsere Beteiligung tut uns nicht leid; wir erhoffen sogar im Gegenteil von ihr sowohl für unsere Gesellschaft wie für die ganze westdeutsche Elektrizitätswirtschaft und nicht zuletzt für die „A. G. für deutsche Elektrizitätswirtschaft“ und deren weitere Entwicklung das Beste.

Mit aller Hochachtung

Soweit die Antwort der VEW.

Wir müssen erklären, daß eine bestrebende Klarstellung der von den VEW. befolgten Politik hierdurch nicht erfolgt. Eine unmittelbare Beteiligung dieses Unternehmens an der A. G. für deutsche Elektrizitätswirtschaft war ihm bereits zugesagt; da es sich plötzlich seinen Antrag auf Beteiligung an diesem Unternehmen zurück und gründete mit dem RWE. die Westdeutsche Elektrizitätswirtschaft A. G. Wir können beim besten Willen nicht einsehen, inwiefern damit den Interessen der A. G. für deutsche Elektrizitätswirtschaft gedient werden sollte.

Ebenso können wir uns nicht damit einverstanden erklären, daß Dr. Krone es so darstellt, als würden mit der Gründung der Westdeutsche Elektrizitätswirtschaft A. G. irgendwelche wünschenswerte wirtschaftliche oder technische Ziele verfolgt. Bereits in dem Gründungskommuniké dieses Unternehmens wurde vielmehr ausgeführt:

„Der Zweck der Verbundwirtschaft, den die in der A. G. für deutsche Elektrizitätswirtschaft bisher zusammengeschlossenen Unternehmen durch diese Gesellschaft für ihr Gebiet noch erstreben, ist in der Westdeutschen Gesellschaft bereits in vorbildlicher Weise gelöst.“

Das Gründungskommuniké hat also mit großer Klarheit ausgesprochen, daß auf diesem Gebiet die Westdeutsche Elektrizitätswirtschaft A. G. keine Aufgaben mehr zu lösen habe und lösen solle.

Auch das Schreiben von Dr. Krone läßt in seinen Andeutungen klar erkennen, daß man sich in der Westdeutschen Elektrizitätswirtschaft über die Ausgestaltung der deutschen Elektrizitätswirtschaft etwas merkwürdige Vorstellungen macht. Geht er doch ernsthaft davon aus, es sei rationell, „einen Ausgleich zwischen westfälischer Steinkohle, rheinischer Braunkohle und süddeutschen Wasserkraften zu schaffen“ (zu diesen gehören seiner Auffassung zufolge wohl nicht die bayerischen, die die weitaus bedeutendsten sind), ohne auch nur mit einem Worte die Notwendigkeit zu streifen, eine organische Verbindung zwischen den von ihm genannten „westdeutschen“ Energiequellen, der mitteldeutschen Braunkohle und der westdeutschen Saarkohle herzustellen. Dr. Krone bringt es also im Namen der VEW. fertig, uns

Statt der erstrebten Reichselektrizitätswirtschaft ein westdeutsches Separatgebilde zu empfehlen.

Damit scheint uns aber freilich der wahre Sinn der westdeutschen Gründung sehr klar zum Ausdruck zu kommen. Da die VEW. der „Deutschen Bergwerkszeitung“ keine Berichtigung zugesandt haben, wird man annehmen dürfen, daß sie mit diesem vom RWE. unterstützten und informierten Blatt darin übereinstimmen, daß es die eigentliche Aufgabe der Westdeutschen Elektrizitätswirtschaft sei, für die westdeutschen Unternehmungen eine möglichst hohe Beteiligungsquote an der A. G. für deutsche Elektrizitätswirtschaft herauszuholen. Wir nehmen an, daß dies auch tatsächlich für die Haltung der VEW. ausschlaggebend gewesen ist, die ihren Ehrgeiz darin sehen, mit möglichst hoher Stimmenzahl in der A. G. für deutsche Elektrizitätswirtschaft vertreten zu sein und die vom RWE. an ihrem eigenen Ehrgeiz geschildert gegangelt worden sind.

Dabei haben die beiden Generaldirektoren der VEW. nur nicht gemerkt, daß sie sich mit der Gründung der Westdeutschen Elektrizitätswirtschaft, die gegenüber der und gegebenenfalls in der A. G. für deutsche Elektrizitätswirtschaft für die in ihr zusammengeschlossenen Unternehmungen allein handelnd auftreten soll, dem RWE. ausgeliefert, auf ihre Selbständigkeit verzichtet haben. Soweit wir unterrichtet sind, ist die Konstitution der Westdeutsche Elektrizitätswirtschaft A. G. derart, daß es im Bestehen des RWE. liegt, sie jederzeit aktionsunfähig zu machen. Da man dann in der A. G. für deutsche Elektrizitätswirtschaft mit diesem Beteiligten nicht kooperieren könnte, würden die übrigen Aktionäre dieser Gesellschaft genötigt sein, sich über den Kopf der Westdeutschen Elektrizitätswirtschaft hinweg mit dem RWE. unmittelbar zu verständigen, also die VEW. und das Badenwerk auszuschalten. So sind die VEW. unfreiwillig Steigbügelhalter des RWE. geworden. Daß sie jetzt bestreiten, die Herrschaft zu sein, versteht sich natürlich von selbst.

Die Generaldirektion der VEW. hat offenbar viel Vergnügen am Briefeschreiben in dieser Angelegenheit. Wir halten es daher für richtig, hier noch einige Fragen an sie zu richten. Was ist ihrer Meinung nach der Grund, daß sich das zweitgrößte Elektrizitätsunternehmen des rheinischen Braunkohlenreviers, das Rheinische Elektrizitätswerk im Braunkohlenrevier, das ebenfalls in der Verwaltung des RWE. vertreten ist, nicht an der Westdeutsche Elektrizitätswirtschaft A. G. beteiligt hat, warum hat die Westdeutsche Elektrizitätswirtschaft A. G. sich bisher nicht bemüht, auch das Saargebiet zu einer Beteiligung heranzuziehen, und warum hat die Westdeutsche Elektrizitätswirtschaft A. G. bewußt die Gegenläufe innerhalb der württembergischen Elektrizitätswirtschaft verschärft? Dient eine Gesellschaft, die von den engsten Nachbarn nicht ernst genommen wird, die eine wichtige Energiequelle aus der deutschen Elektrizitätswirtschaft ausschließen will und schließlich organisatorische Gegenläufe noch zu der vorhandenen Zersplitterung hinzuzufügt, wirklich der deutschen Elektrizitätswirtschaft?

Dr. Schacht kurzschäftige Politik gegen alles, was öffentlich ist, sich direkt gegen die Interessen der Privatwirtschaft auswirkt und dafür, wie geradezu gegen die Interessen und unter Verteuerung der Kredite gegen die Privatwirtschaft „organisiert“ wird.

Der Sächsische Landespfandbriefanstalt stand durch diese Maßnahmen nur der schwache inländische Kapitalmarkt zur Verfügung. Sie konnte dennoch unter Hinzunahme früherer, im Jahre 1928 gegebener Darlehen wieder 5,88 Millionen Mark in 165 neuen und 0,37 Millionen Mark in 13 Zusatzdarlehen vergeben. Die Kredite wurden mit einem Aufschlag von nur einem Viertel Prozent und einem die Emissionskosten gerade bedeckenden Kursabschlag hinausgegeben. Es wäre im öffentlichen Interesse wirklich notwendig, zu untersuchen, ob das neue Berliner Institut sich mit ähnlich kleinen Aufschlägen begnügen kann. Ob die Handelskammer sich dieser Aufgabe wohl annehmen werden?

Der Reingewinn von 249 000 M. wurde in der Hauptsache zur Reservebildung und für die Stärkung der Tilgungsgrundlage verwendet.

Februar-Außenhandel unter Frosteinflüssen. Einfuhr um 300 Mill., Ausfuhr um 130 Mill. gesunken.

Das Statistische Reichsamts hat es nicht leicht. Nachdem es durch die Reform seiner statistischen Methoden die Ziffern vom November und Dezember 1928 völlig verfehlungsunfähig gemacht hatte und der Januar durch die Quartalsabrechnungen gleichfalls kein normaler Monat war, hat ihm der liebe Gott mit der Käsewelle im Februar einen neuen Streich gespielt. Die deutsche Deffektivität hat also das Vergnügen, seit vier Monaten vom Statistischen Reichsamts Außenhandelsziffern vorgelegt zu bekommen, mit denen sie so gut wie gar nichts anfangen kann.

Der gesamte Warenverkehr in der Einfuhr und Ausfuhr ist im Berichtsmonat stark zusammengeschrunpft. Die Einfuhr ging um rund 300 Millionen auf 1,01 Milliarden zurück und erreichte damit ihren tiefsten Punkt seit dem November 1928. Der Rückgang betrifft in fast gleichem Maße die

Rohstoffeinfuhr (—142,1 Millionen) und die Lebensmitteleinfuhr (— 124,7 Millionen). Dagegen hat sich die Einfuhr von Fertigwaren nur unwesentlich geändert. Die Ausfuhr blieb im Februar um 131,4 Millionen hinter dem Januar zurück, wobei auf Fertigwaren 77,9 und auf Rohstoffe 36,5 Millionen Mark Rückgang entfielen.

Bei dieser starken Senkung des Gesamtumfanges im Februar-Außenhandel spielen die im Januar durch die Quartalsabrechnungen der Lagerwaren überhöhten Ziffern nur eine geringe Rolle. Ausschlaggebend sind dagegen die Wirkungen des Frostes für die Entwicklung des Außenhandels im Februar gewesen, was schon daraus hervorgeht, daß sich die Rückgänge bei der Ein- und Ausfuhr auf einen sehr großen Posten von Warengruppen verteilen. Unter diesen Umständen lassen sich auch nicht einmal aus der stark gesunkenen Rohstoffeinfuhr, die zumindest indirekt durch die Käsewelle betroffen wurde, irgendwelche konjunkturellen Schlüsse ziehen.

Berliner Metallhütten-Gewinne.

Dividendenerhöhung des Hüttenwerks Niederschöneweide.

Wie sehr von der Metallkonjunktur der letzten beiden Jahre auch die kleineren metallverarbeitenden Betriebe profitieren konnten, zeigt der Abschluß des Hüttenwerks Niederschöneweide bei Berlin. Das Unternehmen, das in der Kupfer-, Zink- und Bleiaufbereitung arbeitet, konnte seine erst im letzten Jahre um 2 Proz. erhöhte Dividende für 1928 wiederum von 8 auf 10 Proz. heraussetzen. Die folgenden Ziffern geben ein ungefähres Bild von dem großen Aufschwung, den die Gesellschaft in den letzten Jahren genommen hat.

	Verlust	Gewinn	Dividende
1925	400 000 M.	—	—
1926	—	74 200	6%
1927	—	112 000	8%
1928	—	175 150	10%

Die Umsätze, die sich von 1924 bis 1926 bereits verdreifacht hatten und im Vorjahr schätzungsweise 11 Millionen erreicht haben dürften, sind im letzten Jahre weiterhin gestiegen, so daß sie etwa das Fünffache von 1924 betragen werden. Der gute Verdienst der Gesellschaft kommt in der Erhöhung der Forderungen von 500 000 M. auf 800 000 M. zum Ausdruck, wobei erstmalig ein Bankguthaben von 340 000 M. ausgewiesen wird. Zugleich konnte die Gesellschaft ihre Schulden um fast ein Drittel bis auf eine Million senken.

Auch die zum Hirsch-Kupfer-Konzern gehörigen Hüttenwerke Wilhelm Kapler in Drantenburg, mit denen sich das Niederschöneweider Unternehmen jetzt zusammengeschlossen hat, geben jetzt ihren Abschluß bekannt. Wenn auch bei diesem Wert der Aufschwung nicht so schnell vor sich ging wie bei dem Hüttenwerk Niederschöneweide, so ist doch seine Entwicklung auch durchaus günstig. So konnte der Vorjahresverlust von rund 12 000 Mark in einen Reingewinn von 130 000 Mark verwandelt werden, von dem jedoch keine Dividende verteilt wird. Der Geschäftsbericht betont die wesentliche Besserung der Geschäftslage, die seit einer Reihe von Monaten zu einer etwa 20prozentigen Produktionssteigerung geführt hat. In der Blei- und Zinnabteilung liegen die Verhältnisse allerdings nicht so günstig, da die Preissteigerungen die Rohstoffversorgung erschwert haben. Der Betrieb der Zinnhütte wurde daher im Sommer 1928 eingestellt.

Die Verschmelzung der Hüttenwerke Niederschöneweide Akt.-Ges., die von der Generalversammlung nach zu genehmigen ist, stellt eine Rationalisierungsmaßnahme in der Berliner Metallhüttenindustrie dar, die durch Einteilung und Abgrenzung der Produktion der neuen Gesellschaft höhere Gewinnmöglichkeiten in Aussicht stellt. Die Belegschaft der beiden Unternehmungen beträgt annähernd 1000 Mann.

Automobil Ausstellung in Genf.

(Von unserem Sonderberichterstatter.)

F. W. Genf, Ende März.

Die Schweiz ist beinahe ganz und gar auf den Import von Personautos angewiesen, da die einzige Fabrik, die hier baut, Martini, eine nur sehr geringe Produktion aufweist, die der immer größer werdenden Nachfrage nicht annähernd gerecht werden kann. In erster Linie sind es die amerikanischen Wagen, die das Gros der Einfuhr ausmachen. Das Interesse am Amerikaner beginnt aber hier nachzulassen und vielfach hört man die Ansicht äußern, daß der Schweizer lieber eine europäische Marke bevorzuge.

Ob es den europäischen Fabrikanten aber ernstlich gelingen wird, die Amerikaner in größerem Maße in den Hintergrund zu drängen, muß zunächst abgewartet werden. Deutsche Automobile wurden früher vielfach in der Schweiz verwendet. Später sind sie ziemlich ganz verschwunden, bis seit einigen Jahren ganz langsam das einmal verlorene Absatzgebiet wieder gewonnen wird. Die hier unter großer Konkurrenz ausgestellten Fahrzeuge von Opel, Adler, Mercedes-Benz, Stöwer, Köhler, Wanderer, Horch und Brennabor werden viel beachtet, und es kam auch zu Verkäufen.

Zwischen den Fabrikanten der einzelnen Länder sind keine sehr großen Unterschiede in den Preisen; sie haben sich immer mehr angeglichen. Durch das Fehlen einer größeren Schweizer Automobilindustrie können hier alle Länder unter den gleichen Voraussetzungen und Zollbedingungen arbeiten, so daß ziemlich einwandfreie Vergleiche möglich sind.

Die Ernte der Kalkkonzerte beginnt. Welche Mehrgewinne die Kalkkonzerte aus der Glanzkonjunktur von 1928 ziehen konnten, zeigt der Abschluß des ersten Großunternehmens, der jetzt bekannt wird. Der Salzbeisurde-Konzern konnte seinen Reingewinn von 25 auf 38 Millionen, also um 50 Proz. steigern, und zahlt wieder eine Dividende von 15 Proz. Die zu diesem Konzern gehörenden Kalkwerke Wickersleben zahlen bei einem von 1,7 auf 2,4 Millionen Mark gesteigerten Reingewinn 10 Proz. Dividende und Kalkwerke Westeregeln gleichfalls 10 Proz. Dividende bei erhöhten Reinerträgen.

Amerika tritt dem europäischen Schienentartell bei. Wie wir bereits mitgeteilt hatten, ist auf der Brüsseler Tagung das Europäische Schienentartell, die Erma, nach Belassung der bestehenden Differenzen um sechs Jahre verlängert worden. Jetzt wird noch bekannt, daß auch die Vereinigten Staaten, die sich bisher dem Kartell noch nicht angeschlossen hatten, als neues Mitglied beigetreten sind. Diese Tatsache zeigt das wachsende Interesse der amerikanischen Stahlindustriellen an der internationalen Eisenverknüpfung, die schon kürzlich ihren Anschluß an das internationale Kohlenkartell herbeigeführt hatte.

Sächsische Landespfandbriefanstalt.

Wie gegen die Wirtschaft „organisiert“ wird. — Ein volkswirtschaftlicher Skandal.

Die Sächsische Landespfandbriefanstalt ist ein Institut, das vom sächsischen Staat extra geschaffen worden ist, um gegen Industriehypotheken, verbunden mit Solidarität der Kreditempfänger und unter Staatsgarantie, besonders der mittleren und kleineren Industrie, die von den Privatbanken vernachlässigt wurden, die notwendigen Rationalisierungskredite möglichst billig zu geben. Diese Aufgabe hat das sächsische Institut in der Vergangenheit ausgezeichnet erfüllt. Bis Ende 1927 hat sie im besonderen Auslandskredite aufgenommen und daraus mit großem Erfolg und kleinen Zinsaufschlägen als gemeinnütziges Institut der sächsischen Industrie wertvolle Dienste geleistet.

In ihrem Geschäftsbericht für 1928 führt nun die Sächsische Landespfandbriefanstalt eine bemerkenswerte Klage, die in der deutschen Deffektivität beachtet werden sollte. Im Jahre 1928 wurde nämlich diesem Institut unter Hinweis darauf, daß der sächsische Staat der Garant sei — man vergleiche die ähnlichen Vorgänge bei der Auflegung von Auslandsanleihen durch Preußen —, von der Beratungsstelle der Auslandskredit gesperrt. Gleichzeitig aber konnte in Berlin unter Teilnahme von Großbanken im Reichsverband der Deutschen Industrie ein privates Bankinstitut für die gleichen Zwecke aufgemacht werden, der aber, nur weil sie ein Privatinstitut ist, die Inanspruchnahme des ausländischen Kapitalmarktes offen steht.

Das Ergebnis der Sache ist, daß man hier eine öffentliche Bank die Technik hat entwickeln und die Risiken hat tragen lassen, deren Nutzen aber einfach von privatem Bankkapital dann schlankwegs kassiert wurde, während man dem sächsischen Institut den Zutritt zum Auslandsmarkt sperrte. Der Vorgang ist wirklich skandalös und er ist um so skandalöser, als das sächsische öffentliche Institut mit seiner Staatsgarantie und als gemeinnütziges Bank mit Auslandskrediten die Privatwirtschaft erheblich billiger bedienen konnte, als das neue Berliner Institut dazu in der Lage ist. Hier liegt also ein klassischer Fall dafür vor, wie des Reichsbankpräsidenten

Osterferien des Reichstags.

Giftkriegsverbot. — Kleine Anfragen. — Beamtinnenrecht.

Der Reichstag hat am Donnerstag zunächst das Genfer Protokoll zum Verbot des Gasstriges in dritter Beratung beraten. Ein Antrag der Deutschnationalen, diesen Gegenstand von der Tagesordnung abzusetzen, wurde sofort abgelehnt. Ueber die Ausschussverhandlungen berichtet

Abg. Dr. Haas (Dem.). Er beantragt die Genehmigung des Protokolls, damit auch Deutschland zeige, daß es den unmenschlichen Giftgaskrieg verurteilt.

Abg. Crispian (Soz.):

Im Ausschuss haben die Deutschnationalen nicht den Mut aufgebracht, gegen die Ratifizierung zu stimmen. Hier beantragen die Nationalsozialisten, für Einrichtung eines umfassenden Gas- und Giftschutzes als ersten Teilbetrag 10 Millionen Mark zu bewilligen; sie berufen sich auf die Vorschläge von Dr. Krohne. Diese Vorschläge verfolgen zunächst, die Giftgasgefahr als ziemlich geringfügig hinzustellen und behaupten, daß im Weltkrieg bei 103 deutschen Luftangriffen auf England 128 000 Tonnen Bomben abgeschossen wurden, was 1483 Personen das Leben gekostet hätte; das sei gar nicht so schlimm, weil in vier Jahren 12 000 Menschen in England Verkehrsunfällen erliegen. Wie kann man diese Todesurachen auf eine Linie stellen! (Sehr wahr! links.) Krohne stellt demgegenüber, daß bei den Luftangriffen 137 Mann der Besatzung und durch feindliche Luftangriffe auf Deutschland über 1200 Menschen getötet worden sind. Die Zahl der durch Luftbomben und Gasangriffe im Weltkrieg getöteten Deutschen soll 8000 betragen. Als Schutzmaßnahme fordert Dr. Krohne vor allem, daß die deutschen Großstädte aufgelockert werden, da in Berlin durchschnittlich 75 Personen auf einem bebauten Grundstück wohnen, gegen acht Personen in London. Um diesen Vorschlag durchzuführen, müßte man 3,6 Millionen Menschen in Berlin mit neuen Wohnungen versehen. Eine ganz bescheidene Wohnung kostet 15 000 M., es wären also dafür 54 Milliarden Mark erforderlich! Was sind dagegen die 10 Millionen, die der Antrag verlangt! Ich behaupte, daß

ein wirksamer Gaschutz überhaupt nicht möglich

ist, nicht einmal für die Soldaten im Felde. Aus eigener Erfahrung weiß ich, daß die Soldaten vielfach gar nicht rechtzeitig von der Gasmaske Gebrauch machen können. Dazu kommt, daß es gegenwärtig 50 verschiedene Giftgase gibt, während die Gasmaskenpatrone nur für ein bestimmtes Gas präpariert ist und schon nach wenigen Stunden unwirksam wird. Die Gasmaske schreitet ständig weiter fort, die Abwehrmittel kommen gar nicht nach. Wollte man selbst das ganze deutsche Volk mit Gasmasken versehen — bei den Säuglingen und kleinen Kindern wäre das unmöglich —, so wäre das Geld dafür wegge worfen, denn man müßte ja fortwährend neue Schutzstoffe einführen und schließlich hätten die Menschen nichts anderes zu tun, als sich fortwährend im Gebrauch zu üben. Es ist auch unmöglich, die dicht besiedelten Industriegebiete Deutschlands in bombenlichere Unterstände umzuwandeln. Dazu kommt noch, daß

die Giftgase auch die Kleidung verfeuchten.

Im Felde waren große Depots hinter der Front errichtet, und den Soldaten wurde befohlen, nach einem Gasangriff ihre gesamte Kleidung zu vergraben und sich mit neuer zu versehen. Es ist also un Sinnig, von einem wirksamen Schutz gegen Luft- und Gasangriffe zu sprechen. Eine solche Einwirkung auf die Menschen ist sogar höchst gefährlich, da das öffentliche Gewissen dadurch eingeschläfert wird. Da es also einen wirksamen Schutz nicht gibt, muß der Giftgaskrieg überhaupt verschwinden. Ich habe ein ganzes Verzeichnis von Gelehrten, Ärzten und erfahrenen Militärs, die mir bestätigen, daß ein wirksamer Schutz unmöglich durchgeführt werden kann. Auf der kommenden Abrüstungskonferenz muß alles getan werden, um eine

internationale Kontrolle der Giftgasfabriken und aller Betriebe, die irgendwie Giftgase herstellen könnten,

einzuführen, so gut wie sie für die Fabrikation von anderen Giften schon besteht. Die Forderungen nach Schutzmitteln sind illusorisch und können keinen praktischen Erfolg haben. (Widerspruch rechts.) Luftbomben und Giftgase werden von Menschen produziert, und darum haben die Menschen auch die Möglichkeit und müssen die Kraft haben, diese unmenschlichen Vernichtungsmethoden auszuschalten. Wir müssen die Menschen nur für unsere Anschauung gewinnen und ihnen das nötige Verständnis beibringen. Wir begrüßen das Verbot des Giftgasstriges als

ein Mittel, unsere Propaganda gegen den Krieg überhaupt zu stärken.

Wir wollen die Menschen aufrütteln gegen den Wahnsinn, der uns glauben machen will, man könnte die Probleme der Wohlfahrt der

Menschen durch die Mittel brutaler Gewalt lösen. (Lebhafter, anhaltender Beifall bei den Soz.)

Abg. Stoeker (Komm.): Das Genfer Protokoll ist wertlos und nur bestimmt zur Täuschung der werttätigen Massen. Die imperialistischen, kapitalistischen Mächte werden trotz der Ratifizierung des Genfer Protokolls die Giftgasproduktion weiter betreiben. Der Redner zeigt einen ihm heute aus Amerika zugegangenen Brief, der den offiziellen Poststempel trägt: „Amerikanische Bürger, besucht die amerikanischen Uebungslager! Das ist bezeichnend in der Heimat Kelloggs nach Unterzeichnung des Kellogg-Paktes, ebenso wertlos ist das Genfer Protokoll. Wir werden nur deswegen nicht dagegen stimmen, weil wir uns nicht demagogischen Verdächtigungen aussetzen wollen. Wir protestieren gegen das Verbot des Kampfeschen Schaupiels „Giftgas über Berlin“.

Abg. Dr. Frid (Natsoz.): Das Protokoll ist nicht das Papier wert, auf dem es steht, ebenso die ganze Stresemann- und Bülckersbundpolitik. Der beste Schutz wäre eine starke Luftflotte. Mit dem pazifistischen Dusek des Abg. Crispian ist nichts gegen feindliche Ueberfälle getan.

Abg. Dr. Bredt (Bp.): Schon vor dem Kriege war die Anwendung von Giftgas völkerrechtlich verurteilt. Nach dem Verfallenen Vertrag ist die Herstellung von Giftgas in Deutschland schon verboten. Das jetzt erstrebte

internationale Verbot des Giftgasstriges muß eigenartig ansetzen, da durch den Kellogg-Pakt der Krieg überhaupt schon verboten ist.

Mit 1923 der deutsche Delegierte Graf Bernstorff in der Abrüstungskommission ein Verbot des Giftgasstriges anregte, hat Lord Cecil mit einem gewissen Recht erwidert, wenn überhaupt ein neuer Krieg nicht zu verhindern sei, dann werde sich auch die Anwendung chemischer Kriegsmittel nicht verhindern lassen. Ein wirksamer Luft- und Gaschutz der Zivilbevölkerung ist nicht möglich.

Abg. Dr. Kälz (Dem.): Das ist richtig. Um so notwendiger ist eine internationale Regelung der unmenschlichen Giftgaskampfmethode. Sowjetrußland hat in Samara große Giftgasfabriken.

Die Vorlage wird gegen die Deutschnationalen, die Nationalsozialisten und Christlichnationalen in dritter Beratung angenommen.

Ein Mißtrauensantrag der Kommunisten gegen den Reichsfinanzminister wird abgelehnt. Dafür stimmten neben den Antragstellern auch die Deutschnationalen. Die Wirtschaftspartei enthielt sich der Abstimmung.

Der Ausschuss empfiehlt die Genehmigung der Haushaltsüberschreitungen und außerplanmäßigen Ausgaben 1927, doch soll in mehreren Entschlüssen die Regierung ersucht werden, künftig die vom Ausschuss gemachten Feststellungen und Bemerkungen zu berücksichtigen.

Abg. Dr. Frid (Natsoz.): Der frühere Reichsfinanzminister Dr. Schäfer hat sich bei der Ausrüstung seiner Dienstwohnung nicht mit den etatsmäßigen 50 000 M. begnügt, sondern noch darüber hinaus 45 000 M. verbraucht. Dagegen hat sogar Dr. Birich geschrieben, allerdings ohne ihn zu nennen.

Der Haushaltsantrag wird angenommen.

Der Geschäftsordnungsausschuss beantragt, der Geschäftsordnung folgenden Absatz hinzuzufügen:

Kleine Anfragen aus dem Gebiete der auswärtigen Politik können von der Reichsregierung vor Ablauf der Frist von 14 Tagen mündlich beantwortet werden. Sie sind auf Ersuchen der Reichsregierung vom Präsidenten auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung zu setzen.

Abg. Schulz-Bromberg (Dnat.): Die schriftliche Beantwortung, wie sie jetzt erfolgt, raubt den Kleinen Anfragen jedes Interesse der Deutlichkeit. Ob mündlich beantwortet werden soll, entscheidet nach diesem Antrag nur der Minister allein. Die Selbstachtung des Reichstages würde erfordern, daß die Anfragen mündlich beantwortet werden. Seine Partei informiert der Minister ja, aber die Opposition muß dasselbe Recht haben. Das sollte die Mehrheit gerade im Interesse des Parlamentarismus erkennen.

Abg. Stoeker (Komm.): Die Regierung wird unbequeme Anfragen einfach nicht beantworten, sondern nur die besten Anfragen, die Gelegenheit zu ihr erwünschten Erklärungen geben.

Abg. v. Rheinbaben (D.Bp.) betennt sich als Urheber dieser Aenderung; in den jahrelangen Besprechungen darüber hat er viel Zustimmung dazu gefunden. Die kleinen Anfragen sollen nicht ein Kampfmittel sein, sondern der besseren Zusammenarbeit von Regierung und Parlament und der schnelleren Informierung der Öffentlichkeit dienen.

Der Antrag wird angenommen.

Der Haushaltsausschuss beantragt, an Stelle eines Zentrumsentwurfs zu beschließen, daß denselben

Reichsbeamtinnen, die wegen Verheiratung aus dem Reichsdienst freiwillig ausscheiden.

für den Verzicht auf erworbene Pensionsansprüche im Berechnungsweg eine Abfindungssumme in derselben Höhe gewährt wird, wie sie bisher auf Grund der Personalabbauperordnung bezahlt worden ist. Dazu empfiehlt der Ausschuss eine Entschl. u. g. Die die Regierung ersucht, die Dienst- und Rechtsverhältnisse für die verheiratete Beamtin möglichst bald reichsgefehllich zu ordnen.

Ein Antrag des Zentrums, der Bayerischen Volkspartei, der Deutschen Volkspartei, der Wirtschaftspartei und der Demokraten will die am 31. März d. J. ablaufende Bestimmung der Personalabbauperordnung bis zum 31. März 1930 verlängern. Dieser Antrag wird in mamentlicher Abstimmung mit 196 gegen 189 Stimmen angenommen. Da er verfassungsändernder Natur ist, reicht diese Mehrheit zu seiner Annahme nicht aus.

Abg. Frau Weber (Z.) erklärt, die Parteien, die neben mit Zustimmung haben, würden gegen den Ausschussantrag stimmen, der den Beamtinnen eine Rechtsicherung nicht bringe.

Das Ergebnis der einfachen Abstimmung bleibt zweifelhaft, da auch auf der rechten verschiedenen Abgeordnete, vor allem Frauen, für den Ausschussantrag stimmten. Dieser wird jedoch im Hammerspruch mit 182 gegen 177 Stimmen abgelehnt.

Ein sozialdemokratischer Antrag, der inhaltlich mit dem Ausschussantrag übereinstimmt, ihn jedoch in der Form verbessert, wird abgelehnt, die Entschl. u. g. des Ausschusses mit großer Mehrheit angenommen.

Zur Erläuterung dieser Abstimmungen sei bemerkt: Der Artikel 14 läuft am 31. März ab. Vom 1. April ab dürfen verheiratete Beamtinnen wieder im Dienst bleiben. Wenn sie ausscheiden wollen, müssen sie ohne jede Abfindung ausscheiden, ebenso wie der Beamte. Bei Annahme des sozialdemokratischen Antrages, nach Ablauf des Artikels 14 den Beamtinnen dieselbe Abfindungssumme zu geben, die sie bisher erhalten haben, als noch die Möglichkeit bestand, ihnen zu kündigen, wäre die Reichsregierung bereit gewesen, so zu verfahren. Aber auch jetzt wird die Regierung sich alsbald mit der Frage der Abfindungssumme beschäftigen, und es ist zu erwarten, daß dem Reichstag bei seinem Wiederzusammentritt ein entsprechender Gesetzentwurf vorgelegt werden wird, zu dessen Annahme die Zweidrittelmehrheit nicht erforderlich ist.

Gegen 4 Uhr verläßt sich das Haus auf den 16. April, 3 Uhr. Präsident Hilde wünscht den Mitgliedern frohliche Ostern und wird ermächtigt, die Tagesordnung der nächsten Sitzung zu bestimmen.

Am 18. März enthält täglich unter guter Baier, Schmeigender und Geragaler

Ernst Jakob

Um hübsches Weißblech Blech die Glanzblechen.

Die Feurerleiher findet am Samstag, dem 26. März, 3 Uhr nachmittags, im Rekonstruktions-Büro, Berlin, Berliner Str. 100, statt.

MÖBEL

ohne Anzahlung

Schlafzimmer
Herrenzimmer
Speisezimmer
Mod. Küchen
Polstermöbel
Einzel-Möbel

bis zu 24 Monaten raten

kaufen Sie günstig bei der

Achtung! Achtung!

Neue, Freitag, den 22. März

Neueröffnung

Linienstr. 218, Ecke Nollendorfstr.

Otto Büttner

Großdestillation

„Grüne Quelle“

Befabe

gegründet und beauftragt vom Gewerbeamt des Magistraats Berlin

nur Breite Straße 7

Zur Einsegnung — 25% Rabatt

Großer Verkauf in Armband- und Taschenuhren

Mein Schlager

Goldene Damen-Armbanduhr, 14 Kar., 10 Steine jetzt 18,- M.
Silberne Herren-Armbanduhr, 10 Steine jetzt 15,- M.

Große Auswahl in jeder Preislage

Herm. Wiese Berlin N., Artilleriestr. 30
Berlin W., Passauer Str. 12



Sind Ihre Pläne für Ostern schon festgelegt?

Eins ist sicher: Sie brauchen elegante Frühjahrs-Kleidung zum Fest!

Denken Sie daran, wie billig und gut wir Sie bedienen und kommen Sie zu uns!

Frühjahrs-Blister: 39.-	Gabardine-Mäntel: 36.- 48.- 65. 75.- 85.- 98.-
48.- 55.- 68.- 75.- 85.- 98.-	
Frühjahrs-Paletots: 42.-	Trenchcoats: 29.- 36.- 48.- 65.
55.- 65.- 72.- 85.- 95.- 110.-	

Esders & Dyckhoff

Gertraudenstrasse 8-9 An der Petrikirche

Berliner Haushalt 1929.

Was für das moderne Berlin und seine Bevölkerung geleistet werden muß.

Falls durch die brüderlich vereinte kommunistisch-deutschnationale Etatopposition nicht noch besondere Kompensationen geschaffen werden, wird in der heutigen Plenarsitzung der Berliner Stadtverordnetenversammlung der Haushalt für 1929 in zweiter Lesung endgültig verabschiedet.

Die Entscheidung über das Etatgesetz der Stadt Berlin, der Hauptstadt der deutschen Republik, ist nicht nur Bedeutungsvoll für die 4 1/2 Millionen Berliner, sondern auch dem Wert für die Bevölkerung der anderen Teile des Reiches. Zum ersten Male seit der Bestimmung des neuen Berlin im Jahre 1921 ist es diesmal gelungen, den Etat vor Beginn des Jahres, für das er gelten soll, fertigzustellen. Dies ist erreicht worden durch das besondere Organisationsgeschick des Haushaltsauschussesvorsitzenden, Genossen Dah, wie auch durch die intensive Arbeit der Ausschussmitglieder, vor allem derjenigen, die von ihrem Verantwortungsbewußtsein geleitet, gewillt waren, den Etat so zu gestalten, daß er im Urteil aller oblietis Denkenden durchaus bestehen kann. Dieser Wille konnte sich nicht etwa von vornherein allen Wünschen des Magistrats, wie sie in den Festlegungen des Etats zum Ausdruck kamen, unterordnen. Es sollte auch nicht etwa erreicht werden, den Haushalt in jedem Falle, ohne jede Verbesserung, zu akzeptieren, nur damit eben gerade ein Haushalt verabschiedet werde. Die positive Mitarbeit der Sozialdemokraten am Etat mußte zum Ziele haben, Beschlässe zu erreichen, die einmal die weitere Entwicklung des modernen Berlin fördern und andererseits der Not der arbeitenden, minderbemittelten Bevölkerung, insbesondere auch der Jugend, steuerten. So wurden u. a. — um nur einige Verbesserungen zu erwähnen —

von den Sozialdemokraten folgende Anträge eingebracht und von der Mehrheit angenommen:

der Beschäftigungsjahr für Hospitalisten in Tuberkulose-Stationen von 1,45 M. ist auf den entsprechenden Krankenhausbau von 1,85 M. zu erhöhen; der Satz für Hospitalisten auf den Diabetis-Stationen von 2 M. ist auf den entsprechenden Krankenhausbau von 2,40 M. zu erhöhen; in den Hospitalisten-Abteilungen, die Krankenhauscharakter haben, ist der Satz von 1 M. auf den Krankenhausbau von 1,55 M. zu erhöhen; für die stationäre Behandlung Minderbemittelter (in der Geschlechtskrankenfürsorge) sind neu 400 000 M. einzustellen; für den Ausbau der hierfür notwendigen Stellen sind neu 200 000 M. einzustellen; der Antrag für die Beschäftigung turbedürftiger Erwachsener und Kinder ist um 400 000 M. zu erhöhen; der Betrag für hygienische Volksbelehrung um. wird um 15 000 M. höher festgesetzt; für den Ausbau der Erhebezeitung sind neu 20 000 M. einzustellen; die Beschäftigungsförderung für Erziehungshilfen (Eindenzhof, Struwwelpeter) sind um 10 M. pro Kopf, insgesamt um rund 30 000 M. zu erhöhen; für die Unterstützung minderbemittelter Schüler und Schülerinnen von Volkshochschulen und anderen sozialen Schulen sind 10 000 M. mehr anzusetzen; für die Beschäftigung bedürftiger Berufsschüler und -schülerinnen sind neu 20 000 M. einzusetzen; für die Erholungsfürsorge für schulfähige benutzschwache Knaben und Mädchen ist ein Betrag von 10 000 M. festzusetzen; für die Volkshochschule des Hauptauschusses für Arbeiterwohlfahrt sind neu 15 000 M. einzusetzen. Es können noch erwähnt werden Anträge, deren Wirkung auf künstlerisch-kulturellem Gebiete liegt, so: die Gebühr für die Entschleunigung von Büchern aus den zentralen und bezirklichen Bibliotheken zu streichen; für Schülerorientierungen den Etat um 24 000 M. zu erhöhen. Auch folgende Anträge allgemein-grundgesetzlichen Inhalts verdienen besondere Hervorhebung:

Forderung eines Programms für den Ausbau des Berliner Krankenhauswesens.

In diesem Programm sollen vorgesehen sein:

a) Einrichtungen, die geeignet sind, die hochwertigen Krankenhausbetten zu ersetzen (Leichttransporthäuser, Krankenhausambulanz); b) Einrichtungen zur Rationalisierung der Krankenbehandlung (Spezialabteilungen in zweifacher Anordnung und Verteilung über alle Stadtgebiete); c) eine Kaufschiffenziehungsanstalt.

Sporteinrichtungen der städtischen Gesellschaften.

Es soll darauf hingewirkt werden, daß 1. jede finanzielle und sonstige Förderung und Unterstützung besonderer Sportvereine der städtischen Gesellschaften um. unterbleibt; 2. neue Einrichtungen um. für Sport und ähnliche Zwecke — Sportplätze, Unterfuntschhäuser um. — nicht getroffen und Sportgeräte nicht mehr angeschafft werden; 3. die jetzt vorhandenen Sporteinrichtungen der Gesellschaften — Sportplätze, Sportgeräte, Unterfuntschhäuser um., die von den Gesellschaften eingerichtet, erstellt oder angeschafft wurden — der Stadt Berlin übermieten werden, damit sie — unter den üblichen Bedingungen — der Allgemeinheit zur Verfügung gestellt werden können und nicht einem bestimmten Kreis allein vorbehalten bleiben. Die Benutzung dieser Sportplätze durch die Belegschaften der Gesellschaften ist nach einem Organisationsplan zu regeln.

Städtische Heime usw. in privater Verwaltung.

Es soll dahin gewirkt werden, daß Heime, Horte, Kindererziehungsanstalten usw., die Eigentum der Stadt sind, auch durch die Stadt verwaltet werden. Bestehende Verträge mit privaten Gesellschaften usw., denen die Verwaltung oder Wirtschaftsführung dieser Einrichtungen übertragen ist, sind zum nächstmöglichen Termin zu kündigen, damit die notwendigen organisatorischen Maßnahmen rechtzeitig getroffen werden können.

Sperrung bewilligter Etatsmittel.

Vor etwa notwendig werdender Sperrung bewilligter Etatsmittel (insbesondere solcher, die Schulneubauten um. betreffen) ist eine Stellungnahme der Stadtverordnetenversammlung herbeizuführen. Dieser Antrag soll es unmöglich machen, daß der Magistrat ohne Herbeiführung einer Stellungnahme der Stadtverordnetenversammlung nachträglich Sperrungen bewilligter Etatsmittel vornimmt, vor allem bei Etatsmitteln, die notwendige Bauten betreffen.

Die kommunistische Fraktion des Berliner Rathauses hatte die Anträge wiederholt, die von ihr in früheren Jahren schon eingebracht worden waren. Hierbei war sie so schematisch vorgegangen, daß sie — ohne weitere Prüfung etwa veränderter Verhältnisse — aus den Drucksachen früherer Sitzungsberatungen einfach ihre alten Anträge übernommen hatte. Da die kommunistische Fraktion nun Anfang an die Verantwortung für die Beschäftigung des Etats nicht tragen wollte, brauchten ihre Vertreter auch nicht darauf zu sehen, ob die Wirkung der kommunistischen Anträge sich in den finanziellen Rahmen des zu bewilligenden Etats einfügte. Was an Verantwortungsbewußtsein fehlte, ersetzte man durch agitatorische Wertmaß. Dies zeigt sich ja auch in einer Etatberatung der „Roten Fahne“ vom 19. März, in der behauptet wird, ein „Fehlbetrag“ von 17,6 Millionen solle durch weitere Streichungen des Wohlfahrtssetats gedeckt werden. Nur Bosheit oder Unverstand können ja etwas ausführen. Der richtig informierte Teilnehmer an den Etatberatungen

muß wissen, daß die 17,6 Millionen, die über die ursprüngliche Etatjahreshöhe hinaus noch als Bedarf festgestellt werden mußten, sich zum überwiegenden Teil ergaben aus den Wirkungen der Anträge, die, wie die oben verzeichneten, Verbesserungen des Etats darstellen.

Man stelle sich auch gewissermaßen aus dem Handgeleit Anträge, die ohne weiteres den Etat um 20—40 Millionen für einzelne Positionen erhöht hätten. Noch in der zweiten Beratung des Etats im Plenum stellte einer der jetzigen „geistigen“ Führer der kommunistischen Fraktion den Antrag, 20 Millionen für den Ausbau von Berufsschulen zu bewilligen. Gewiß ist der weitere Ausbau des Berufsschulwesens ein Erfordernis, nur können nicht innerhalb der organischen Gestaltung eines Etats einzelne Positionen herausgehoben und finanziell besonders bedacht werden, wenn der gesamte Aufbau nicht gefährdet werden soll. Am allerwenigsten aber kann dies von den Vertretern derjenigen Fraktionen geschehen, die nicht in der Lage sind, für die Etatserhöhungen, die durch ihre Anträge verlangt werden, bei der Bilanzierung einen entsprechenden Ausgleich zu schaffen. Es ist keineswegs verwunderlich, daß die hierzu gemachten Steuerzuschläge der Kommunisten die alten „Ladenhüter“ waren. Trotzdem in früheren Jahren nachgewiesen worden war, daß auf Grund der ministeriellen Verfügung vom 22. Juni 1927 die Erhebung eines Satzes von mehr als 30 Proz. des Wertzuwachses bei der Wertzuwachssteuer ohne vorherige ministerielle Genehmigung ausgeschlossen und diese ministerielle Genehmigung nach den erteilten Auskünften in keinem Falle zu erwarten ist, wurde von den Kommunisten wiederum — und zwar zum dritten Male — vorgeschlagen, einen Satz von 50 Proz. vom Wertzuwachs als sogenannte Wertzuwachssteuer zu erheben. In der gleichen Weise wurde von den Kommunisten mit den eventuell zu erwartenden großen Erträgen einer Wohnungsluxussteuer operiert, trotzdem unter Beziehung auf den § 16a des Kommunal-Abgabengesetzes von allen Steuer- und Finanzfachverständigen nachgewiesen worden kann, daß der Durchführung einer derartigen Steuer außerordentliche Schwierigkeiten entgegenstehen, und daß ferner der zu ihrer Erhebung notwendige kostspielige Vermessungsapparat in seinem Verhältnis zu den zu erwartenden Erträgen stehen würde, selbst wenn es möglich wäre, eine derartige Steuer einzuführen.

Auf der anderen Seite zeigten die deutschnationalen Etatgegner, daß sie immer noch glauben, mit den Methoden alter Zeiten den Etat des modernen Berlin gestalten zu können. Sie bewiesen ebenso wie die Kommunisten ihre geistige Unfruchtbarkeit in der kommunalen Arbeit. Ihren besonderen „Kollektionspunkt“ wollten sie in der üblichen Weise wieder dadurch zum Ausdruck bringen, daß sie die Einführung der zweiten Klasse in den Berliner Krankenhäusern beantragten und sich hieron außerordentliche Einnahmehöherungen versprachen. Wie in früheren Jahren gingen die Deutschnationalen auch wieder gegen die Krankentafeln vor. Den von den Krankentafeln zurückgelassenen Prozentsatz der städtischen Selbstkosten ließen sie um rund ein Viertel des

jetigen Satzes erhöhen, obgleich von Sachgelehrten ausgeführt worden war, daß die meisten Berliner Krankentafeln infolge eines immer mehr gesteigerten Finanzbedarfs, der bedingt wird durch die Notzeiten wirtschaftlicher und gesundheitlicher Art, die Krankentafelbeiträge erhöhen mußten. Weithin wurde von ihnen darauf verwiesen, daß dann eben der den Krankentafeln geistlich vorgeschriebene Reservefonds herabgesetzt werden müßte. Der Kampf der Deutschnationalen gegen soziale Einrichtungen solcher Art stellt sich dar als ein Kampf gegen die Krankentafelmitglieder, die zur arbeitenden Bevölkerung, zum Berliner Proletariat gehören. Diese Art Antragstellung ist symptomatisch für den oben schon gekennzeichneten Wert der deutschnationalen kommunalen Arbeit.

Im Jahre 1925 — es war zufälligerweise ein Wahljahr — haben die Deutschnationalen den Berliner Etat, der grundsätzlich den gleichen Aufbau hatte als der diesjährige, angenommen. In den Jahren 1926, 1927 und 1928 haben sie den Etat abgelehnt, einmal mit der Begründung, daß sie die Experimente des Herrn Oberbürgermeisters nicht mitmachen wollten, ein anderes Mal mit dem Hinweis, daß der Etat „blauen Dunst vormache“. Vielleicht war hierbei festzustellen, daß der „blaue Dunst“ vor den Augen der Deutschnationalen selbst gelagert war und sie deshalb nicht erkennen konnten, wie falsch ihre Ablehnung war. Noch den diesjährigen etwas zaghaften Erklärungen der Deutschnationalen im Etatentscheidungs-Komitee wäre beinahe zu erwarten gewesen, daß im Jahre 1929 die Deutschnationalen wieder den Etat annehmen würden. Inzwischen haben aber einige Mitglieder der deutschnationalen Fraktion noch rechtzeitig bemerkt, daß eine Genehmigung zur Annahme, die nur alle vier Jahre — also in jedem kommunalen Wahljahr — festzustellen ist, allzu deutlich die primitiven Voraussetzungen für die Stellungnahme der Deutschnationalen kennzeichnen würde.

So werden sie, wenn der Ansicht nicht trügt, in diesem Jahre wiederum gemeinsam mit den Kommunisten den Berliner Etat ablehnen. Deutschnationale und Kommunisten lehnen damit nicht nur die Verbesserungen ab, die durch die Initiative der Sozialdemokraten im Etat geschaffen werden konnten, sondern ganz allgemein auch alle Festlegungen, die Ausgaben betreffen für Wohnungszwecke, für das Gesundheitswesen, für die Wohlfahrtspflege, für die Schulen usw. Nur Fraktionen, die bei einer Linie angelangt sind, die gekennzeichnet wird durch ihre jetzt immer mehr in den Vordergrund gelangenden Fraktionsredner, können dies tun.

Die sozialdemokratische Fraktion, die stärkste Fraktion des Rathauses, wird mit den Fraktionen, die für die Etatgestaltung die gleiche Grundlage und Voraussetzungen anerkennen, im Interesse der Berliner werktätigen Bevölkerung im vollen Bewußtsein ihrer Verantwortung den diesjährigen Etat, der mit der Summe von 1 137 875 400 Mark abschließt und der nahezu zum Teil die allgemeinen Wirtschaftskräfte widerpiegelt, annehmen.

Erich Hatan.

Aus den Bezirken. Für die Erwerbslosen!

1. Bezirk — Mitte.

Die letzte Bezirksversammlung beschäftigte sich hauptsächlich mit einem Ausschussbericht über die kommunalistischen Erwerbslosen-Anträge. Die KPD. hatte beantragt, keine Erwerbslosen im Bezirk Mitte zur Pflichtarbeit heranzuziehen, einwandfreie Aufenthaltseräume für die Arbeitsuchenden zu schaffen, allen Erwerbslosen für Arbeitsvermittlung entsprechende Kleidung vom Wohlfahrtsamt zur Verfügung zu stellen und anderes. Der zur Beratung dieser Anträge eingesehene Ausschuss empfahl, den Antrag auf Schaffung geeigneter Aufenthaltseräume anzunehmen, die anderen Anträge jedoch abzulehnen, weil im Bezirk Mitte entweder im Sinne dieser Anträge bereits gearbeitet wird oder eine Sonderregelung für einzelne Bezirke nicht zulässig und nicht durchführbar ist. Die Versammlung stimmte dem Ausschussbeschlüssen mit großer Mehrheit zu. Die Behandlung einiger erneut eingebrachter Dringlichkeitsanträge der KPD. zur Erwerbslosenfrage schloß sich am 14. März der Mitte. Die Bezirksversammlung beschloß ferner, das Bezirksamt möge den Magistrat ersuchen, unverzüglich der Konsumgenossenschaft beizutreten. Einstimmig angenommen wurde ein Dringlichkeitsantrag der Deutschnationalen, bei den zuständigen Stellen auf geeignete Regelung des Verkehrs am Schönhauser Tor zu dringen.

Kommunistisch-Christliche Einheitsfront!

14. Bezirk — Neukölln.

Die letzte Neuköllner Bezirksversammlung wurde mit der kommunistischen Mitteilung überrascht, daß die „Linken“ wieder zur Wutter Moskows zurückgefunden haben, was allgemeine Heiterkeit auslöste. Bei einer weiteren Erklärung wegen des Verkehrs im „Vorwärts“, der auf Angriffe der Kommunisten einen kommunistischen Schwärzperdener öffentlich genannt hatte, wurde der Redner mimosenhaft empfindlich. Wir registrieren also, daß Herr Radday aus seinen hohen Einnahmen kommunistische Wohlfahrtsorganisationen unterstützt; das gleiche tun selbstverständlich auch Sozialdemokraten. Wegen des dem Genossen Gärner gemachten Vorwurfs einer Doppelseiten mußte der kommunistische „Grüner“ sogar einen kläglichen Rückzug antreten. Die Versammlung stimmte dann einem Antrag auf Umsteigerberechtigung auch für Konsumstarken zu. Unser Antrag auf Schaffung geeigneter Räume für die bis jetzt in Baracken untergebrachten Hilfspersonal in der Ganghoferstraße entfiel eine scharfe Schuldebatte. Es war grotesk, wie die Deutschnationalen und Kommunisten gemeinsam die christlichen Schulen parteibündigen. Da jeder politische Unterschied verwischt, Genosse Löwenstein schenkte in seiner Antwort den Einheitsfrontlern nichts. Noch einmal erlebte die Versammlung das gleiche Schauspiel bei dem Antrag unserer Fraktion, der die Vergebung der mit Hauszinssteuer oder öffentlichen Mitteln erbauten Reibauwohnungen durch die Wohnungsämter verlangte. Der deutschnationale Redner „verschwendete“, nach der Begründung durch die Genossin Wolf, genau einen Satz zur Ablehnung. In der Fraktionsbesprechung der Schwarzweißrotten soll es schwere Auseinandersetzungen gegeben haben. Immer wieder verhielt der Vorstand zu „Reißern“, aber bei dem Bezirksverordneten Werner Schien „Hoffen und Malen“ verloren. Einen Satz nach dem anderen machte der Kommunist Schiff. Erst für die private Bauform und gegen die gemeinnützigen Gesellschaften. Als ihn bürgerliche Redner auf seine Haltung aufmerksam machten, machte er schnell leidet und war für unseren Antrag. Kommunisten sind ja für Umfälle besonders gut trainiert. Der kommunistische Antrag auf Erhöhung der Unterstützungssätze für Sozial-Kleinrentner und Fürsorgeberechtigte wurde auf Antrag des Genossen Gehrke dem von der Stadtverordnetenversammlung eingesehene Ausschuss überwiesen. Dann legte der bereits im Morgenblatt geschilderte Koch ein, der

zur Schließung der Sitzung führte. SZB. verbreitete gestern eine Meldung, wonach es im Sitzungssaal zu Täuschlichkeiten zwischen den Bezirksverordneten gekommen sein soll und die Polizei herbeigeholt, den Saal zu räumen, sei aber machtlos gewesen. Davon ist kein Wort wahr.

Kommunalpolitik und SPD.

Einen guten Kustakt für die im Herbst stattfindenden Stadt- und Bezirksverordnetenwahlen hat eine von der 4. Abteilung einkommene, sehr gut besuchte öffentliche Versammlung in der „Alhambra“ in der Wallnerbooserstraße. Stadtrat Genosse Reuter zeigte in seinen äußerst interessanten Ausführungen den tiefen Unterschied zwischen den Zuständen in der Vorkriegszeit und der jetzigen, in der alles Erdenkliche getan wird, um der werktätigen Bevölkerung alles so angenehm wie möglich zu machen. Leider ist mit der von den Kommunisten so sehr gepriesenen sozialdemokratisch-kommunistischen Mehrheit nicht viel anzufangen, da ja die KPD. dauernd beweist, daß sie zu einer fruchtbareren Arbeit im Roten Hause nicht fähig ist, zuletzt erst wieder bei der Wohnungsbauvorlage. Unter starkem Beifall schloß Genosse Reuter mit den Worten: An der Bevölkerung liegt es, bei den Wahlen dafür zu sorgen, daß unser Einfluß noch viel größer wird, um dann arbeiten zu können zum Wohle und Gedeihen der werktätigen Bevölkerung Groß-Berlins. Inwieweit war es, daß keiner der anwesenden Kommunisten sich zum Wort meldete, trotzdem Genosse Ad. Hoffmann jun. ausdrücklich auf völlige Redefreiheit aufmerksam machte. So konnte sich Genosse Reuter auf ein kurzes Schlusswort beschränken. Mit einer nachmaligen Ermahnung des Genossen Ad. Hoffmann jun., schon jetzt die Arbeit für die Wahlen anzunehmen, schloß er die Versammlung.

... 1 Pfundpaket
Kathreiner
kostet nur 55 Pfg.
Wieviel können
Sie da an Ihrem
Kaffeegetränk
sparen!

Reich und Staat als Unternehmer.

Schlechter entlohnt als Waldenburger Bergarbeiter!

Das Deutsche Reich beschäftigt zurzeit in seinen Betrieben und Verwaltungen nicht ganz 54 000 Arbeiter, der preussische Staat etwa 17 000, insgesamt also rund 70 000 Personen, ausschließlich der Reichspost, die eine selbständige Verwaltung besitzt. Die Löhne dieser Arbeiter sind zwar durch Tarifvertrag geregelt, aber äußerst mangelhaft. Die beteiligten Organisationen haben daher die Lohnabkommen sowohl für die Reichs- als auch für die preussischen Staatsarbeiter zum 31. Januar 1929 gekündigt.

Nach den tariflichen Bestimmungen sind die Regierungen verpflichtet, nach der Kündigung die Verhandlungen zwecks Neuabschluss eines Lohnabkommens alsbald wieder aufzunehmen. Das ist leider diesmal nicht geschehen. Man ließ von vornherein den fälligen Termin verstreichen und hat erst für den 11. Februar die Organisationen zu einer Besprechung zusammengerufen, die aber vollständig negativ verlaufen ist. Seitdem haben weder das Reich noch Preußen neue Einladungen zu Verhandlungen ergehen lassen, so daß sich die Organisationen veranlaßt gesehen haben, einen Antrag auf sofortige Wiederaufnahme der Verhandlungen zu stellen.

Gleichzeitig mit diesem Antrage ist sämtlichen Ministern und den Reichs- und preussischen Landtagsabgeordneten eine Denkschrift überreicht worden, in der das Lohnelend der Reichs- und preussischen Staatsarbeiter nachgewiesen wird. Ein angeleiteter preussischer Staatsarbeiter z. B., verheiratet, mit einem Kind, zurzeit in Schneidemühl, Waldenburg, Frankfurt a. d. O. und Königsberg i. Pr. hat ein

Nettomonatsentkommen zwischen 27 und 29 M.

Im Reiche sind die Verhältnisse nicht viel besser.

Die Ursache dieser Hungerlöhne liegt darin, daß die Reichsregierung aus angeblich staatspolitischen Gründen gezwungen ist, bei der Lohnbemessung sich nach den Löhnenverhältnissen der Metallindustrie (Fabrikbetriebe) zu richten. Dieser Grundsatz ist weder haltbar, noch notwendig. Die Metallindustrie richtet sich bei ihrer Lohnfestsetzung nach ganz anderen Grundsätzen. In der Metallindustrie ist es den Arbeitern auch möglich, neben ihrem im Tarif festgesetzten Stundenlohn durch Akkordzuschläge wesentlich höhere Verdienste zu erzielen.

Warum nicht auch Holzarbeiter, Buchdrucker, Schneider, Bäcker, Arbeiter in den Gemeindebetrieben usw. heranziehen? Im übrigen siehe man sich nachstehende Tabelle der tariflich vereinbarten Stundenlöhne der männlichen Vollarbeiter (Handwerker) Ende Januar 1929 in Pfennigen an:

Ort	Reichsarbeiter	Gemeindearbeiter	Metallarbeiter	Holzarbeiter	Buchdrucker
Waldenburg	66	77	107	97	110
Frankfurt a. d. O.	67	76	95	93	108
Ragdeburg	75	84	125	110	112
Stettin	76	85	116	108	112
Köln	85	104	148	123	117
Dresden	86	98	135	113	115
Frankfurt a. M.	88	108	110	119	117
München	89	107	146	115	113
Berlin	101	112	159	130	117

Diese Zahlen zeigen am besten, wie unhaltbar die Zustände in den Reichs- und Staatsbetrieben geworden sind. Reich und Staat haben die Pflicht, bei der Lohnbemessung auch soziale Gesichtspunkte wahren zu lassen. Mit der Rechenmaschine und mit dem absoluten Festhalten an einem „Prinzip“ kann man die hungrigen Magen der Reichs- und Staatsarbeiter nicht füttern.

Die in Frage kommenden Organisationen haben volles Verständnis für die finanzielle Schwierigkeit, in der sich das Deutsche Reich zurzeit befindet. Aber die 15—16 Millionen Mark, die für eine Erhöhung der Löhne für die Reichs- und preussischen Staatsarbeiter bei einer Stundenlohnerhöhung von 10 Pf. nötig sind, können und müssen aufgebracht werden.

„Ein Schrei der Entrüstung“, heißt es am Schluß der Denkschrift, „ging im verflochtenen Jahre durch das deutsche Volk über die trostlosen Lohnverhältnisse der Bergarbeiter im Waldenburger Gebiet, und es wurden öffentliche Sammlungen zur Linderung der größten Not veranstaltet. Nun steht aber fest, daß das Lohnelend der Reichs- und preussischen Staatsarbeiter in diesen und vielen anderen Gebieten Deutschlands noch unter dem Einkommen des Waldenburger Bergarbeiters liegt.“ D. Stetter.

Gemeindearbeiter gegen Schiedspruch.

Berlin muß sozial bleiben!

Entsprechend dem Beschluß der vereinigten Tarifkommissionen der Berliner Gemeindearbeiter (Kämmerei- und Werksarbeiter), hatte die Ortsverwaltung des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter die Funktionäre aus den Kämmereibetrieben und den städtischen Werken zu Donnerstagabend zusammenberufen, um sie über das Ergebnis der Lohnverhandlungen für die städtischen Arbeiter zu informieren. Genosse Schaum schilderte den Funktionären zunächst noch einmal den Verlauf der Lohnbewegung, wie er im „Vorwärts“ bereits eingehend dargestellt worden ist. Schaum empfahl den Funktionären, sich den absehbaren Beschluß der vereinigten Tarifkommissionen zu eigen zu machen und den unzureichenden Schiedspruch ebenfalls einstimmig abzulehnen. Nach einer längeren Diskussion, in der sich die sogenannte Opposition lächerlich machte, indem sie auftragsgemäß die „Bildung von Kampfleitungen“ forderte, stimmten die Funktionäre fast einstimmig einer Entschließung der Ortsverwaltung zu, in der die bisherigen Maßnahmen der Organisationsleitung gebilligt und der Schiedspruch der tariflichen Schiedsstelle vom 15. März abgelehnt wird. Die Entschließung wendet sich weiter gegen die allgemeine Politik der deutschen Unternehmer, jede Lohnerhöhung durch Preiserhöhungen auf die Verbraucher abzuwälzen und bedauert lebhaft, daß der Reichsarbeitsgeberverband Deutscher Gemeinden und Kommunalverbände immer mehr in den Kreis der Scharsmacherverbände der Unternehmer einschwenkt. In der Entschließung heißt es zum Schluß:

„Von der Stadtgemeinde Berlin als größte und führende Kommune Deutschlands wird erwartet, daß sie sich von den Beeinflussungen durch solche Scharsmacherverbände freihält und den städtischen und Werksarbeitern dasjenige gewährt, was zur Erhaltung ihrer Existenz notwendig ist. Die städtischen und Werksarbeiter sind aber gegebenenfalls durchaus bereit, alle gewerkschaftlichen Mittel zur Verbesserung ihrer Löhne anzuwenden.“

Vor dem Kampf in der Feinkeramik.

Folgen eines verfehlten Schiedspruchs.

Selten hat ein Schiedspruch auf die Arbeiterschaft so aufreizend gewirkt, wie der in den letzten Tagen in Nürnberg gefällte Spruch über den Lohn- und Arbeitszeitstreik in der Porzellan- und Steingutindustrie.

Der Einstellungslohn eines über 24 Jahre alten Facharbeiters in der Ortsklasse A (das ist die Großstadtklasse) betrug bisher 74 Pf. Diesem Lohn stufen sich die Löhne nach Ortsklassen, Altersklassen und Geschlechtern

ab. Die Arbeiter forderten eine Erhöhung dieses Lohnes auf 88 Pf., was für den Lohn eines Facharbeiters gewiß nicht viel ist. Daneben wurde noch Erhöhung der Effektivverdienste gefordert, da zu 80 bis 85 Proz. im Akkord gearbeitet wird.

Der Schiedspruch erhöht den Lohn um etwa 4 Proz., auf 77 Pf. Durch die Abstufung der Löhne ergibt sich folgendes Bild: 160 Lohnpositionen sind auf beiden Lohnstufen vom Zuschlag berührt. 50 davon, gleich 36 Proz., erhöhen sich um 1 Pf. pro Stunde, 57 gleich 39 Proz. um 2 Pf., 32 gleich 22 Proz. um 3 Pf., und 5 Positionen gleich 3 Proz. um 4 Pf. Da 80—85 Proz. der Arbeiter im Akkord arbeiten, erhalten auch die Pfennige nur etwa 10 000 Porzellanarbeiter. Dabei muß noch berücksichtigt werden, daß die Industrie in der Hauptsache auf dem platten Lande und in kleineren Städten dominiert und also in niederen Ortsklassen rangiert. Weiter besteht die Arbeiterschaft heute schon zu 45 Proz. aus Frauen. Die Einstellung des weiblichen Elements nimmt immer mehr zu. Die Frauen findet man aber im Durchschnitt mit 60 Proz. der Männerlöhne ab. 80 bis 85 Proz. der Arbeiterschaft, alle Akkordarbeiter, Weibchen für 14 Monate ohne den geringsten Ausgleich für die seither verteuerten und sich ständig weiter verteuerten Lebensverhältnisse.

Bei solcher lohnpolitischen Einstellung staatlicher Schlichtungsinstanzen ist es nicht zu verwundern, daß die Unternehmer der feinkeramischen Industrie glauben, Gelegenheit zu haben, sich auf ihren Lorbeeren ausruhen zu können. Die Modernisierung der Betriebe, Organisation des Abfuges und energisches Durchgehen gegen den Handel erübrigt sich in der Zukunft für sie. Die organisierten Porzellanarbeiter werden mit gleichem Eifer wie im Jahre 1927 verstehen, sich der Absichten der Unternehmer zu widersetzen und ihre Menschenrechte durchzusetzen. Die Organisation der Porzellanarbeiter ist mustergültig. Sie wird einer Auseinandersetzung nicht aus dem Wege gehen. Die Solidarität der anderen im Fabrikarbeiterverband organisierten Branchen ist ihnen dabei sicher.

Verständigung im Streik der Mühlenarbeiter?

Zweiertei Methoden.

Im Streik der Berliner Mühlenarbeiter scheint es zu einer Verständigung zu kommen. Die Unternehmer haben dem Verband der Nahrungsmittel- und Getränkearbeiter ihre Verhandlungsbereitschaft erklärt, worauf die Organisation nach Rücksprache mit der Streikleitung beschlossen hat, dem Wunsche der Unternehmer nachzukommen. Die Parteien kommen bereits heute, Freitagabend, am Verhandlungstisch zusammen.

Während alle übrigen Unternehmer ein Interesse an der baldigen Beilegung des Konfliktes zeigen, hält es der Direktor Bloch von der Schüttmühle für angebracht, den Kampf zu verschärfen. Er sucht durch Inserate im „Berliner Lokal-Anzeiger“

„zuverlässige Arbeiter“, die er aber nicht in seinem Betriebe unterbringt, sondern nach anderen Mühlen abkommandiert. So hat er drei dieser „zuverlässigen Arbeiter“ mit einem Schreiben nach der Hermannshöhe empfohlen, die aber auf solche tüchtigen Kräfte verzichtet.

Mit diesem Verhalten zeigte Direktor Bloch, daß er die streikenden Mühlenarbeiter sehr falsch einschätzt. Solche Methoden sind den Berliner Mühlenarbeitern schon aus früheren Streiks bekannt und haben noch niemals verbracht, den Ausgang ihrer Kämpfe zu beeinflussen. Die heutigen Verhandlungen werden zeigen, ob die Mühlenbesitzer zum Entgegenkommen bereit sind, und von den Scharsmachermethoden des Direktors Bloch abrücken. Die Streikenden sind jedenfalls fest entschlossen, den ihnen ausgesetzten Kampf weiterzuführen, wenn ihren berechtigten Forderungen kein Entgegenkommen gezeigt wird.

Tagung der Bühnengenossenschaft.

Wanderbühnen — Bühnenvolksbund — Erwerblosse.

Nach dreitägigen Verhandlungen wurde die Delegiertenversammlung der Bühnengenossenschaft deutscher Bühnengedehriger geschlossen. Es kam nicht zu dem Sturz der leitenden Männer, den viele radikale Elemente vorbereitet hatten. Karl Wallauer und Erich Otto verwalten weiter das Präsidium der Bühnengenossenschaft. Nur ein neues Verwaltungsmittglied wurde gewählt: an Stelle von Leo Peukert der bekannte Berliner Schauspieler Hermann Ballentin.

Die Mitgliederzahl der Deutschen Bühnengenossenschaft ist im letzten Jahr bedeutend gestiegen. Es muß ein neuer Aufbau erfolgen. Alle Verhandlungen standen unter diesem Druck. Die Frage der Erwerblosen, unter deren ungeheurer Kompliziertheit die Bühnenkünstler mehr als Angehörige anderer Berufe leiden, gab für alles den Unterton. Neben den nach Moskauer Befehl keine Parteipolitik treibenden Bühnenkünstlern gibt es auch viele, die der Bühnengenossenschaft Treue halten wollen. Für diese Mitglieder wurde schließlich ein Antrag des Frankfurter Bezirksobmannes Nerling angenommen, der den erwerblosen Schauspielern die Möglichkeit geben wird, innerhalb ihrer Bühnengenossenschaft zu wirken und Rat und Stütze zu finden. Künftig sollen zu allen Bezirksverbänden aus den Reihen der erwerblosen Schauspieler drei Delegierte mit beratender Stimme entsandt werden, die als Beiräte anzusehen sind.

Erstürmte Zustände wurden offenbar bei den Beratungen über die Wanderbühnen. Es gibt in Deutschland einige Wanderbühnen, an denen die Künstler materiell und moralisch leidlich versorgt sind. Aber die meisten dieser Unternehmungen sind in wüste Schmierbetriebe entartet, im Vergleich zu denen die Wanderbühnen vergangener Zeit als Lusttheater anzusehen sind. Der katastrophale Winter hat da für die Bühnenkünstler Ungewöhnliches gebracht. Als besonders unförmig wurde der Bühnenvolksbund entlarvt. Obgleich der Bühnenvolksbund sich interprofessionell nennt, registriert doch die Kapläne. Sie bestanden die vernachlässigte soziale Bewusstheit bei der Anstellung der Bühnenkünstler, sie pflegen außerdem jene Schmutzkonzurrenz, die den Dilettantentheatern gestattet, unabhängig von Steuerlasten und Tanhemenpflichtungen den niedrigsten Vergütungstrieb des Philisters zu befriedigen.

Denkt man an all das Gland besonders der Wanderbühnen, der Tausenden von Erwerblosen, so darf man auch die Menschlichkeit und Entschlossenheit rühmen, die die Leiter der Bühnengenossenschaft entfalten wollen, um diesem Leid ein wenig zu steuern.

Immer noch Saarabien.

Auf dem einem französischen Konsortium gehörenden Hüttenwerk in Dillingen (Saargebiet) ist ein Teilstreik ausgebrochen. Als die Belegschaft des Kohlenbrennwerks zehn Minuten vor Schluß der Schicht den Waldraum aufsuchte, wurde ihr befohlen, daß zur Strafe ein Stundenlohn abgezogen werde. Die Belegschaft trat darauf in den Streik. Der Abzug wurde daraufhin annulliert. Statt dessen wurde aber ein Mitglied des Arbeiterausschusses entlassen. Das war innerhalb von drei Wochen die dritte Maßregelung von Ausschussmitgliedern. Sie wurde mit dem Streik beantwortet.

Beichtigung. In unserem gestrigen Leitartikel ist ein sinnentstellender Druckfehler enthalten. Bei der Wiedergabe der Mitteilungen des Präsidenten Dr. Spruy muss es heißen, daß in den nächsten Wochen (und nicht in der nächsten Woche) die Anzahl der Hauptunterstützungsempfänger auf 900 000 sinken wird.

Freie Gewerkschafts-Jugend Groß-Berlin

Deute, Freitag, 19½ Uhr, sagen die Gruppen: Korbding: Jugendheim, Schule Sonnenburger Str. 20. Wir rufen zur Arbeit. — Betmannplatz: Jugendheim, Sanderstr. 11. Edu. Kobergerstr. 10. Literarischer Abend. — Hermann Ring und seine Nützlinge. — Charlottenburg: Jugendheim, Speerstr. 20. Lichtbildvortrag: „Die Schicksale Sowjets in Wort und Bild.“ — Repetition: Jugendheim des Reichsamtts, Berlin, Turiner Str. 10. — Repetition: Jugendheim des Reichsamtts, Berlin, Turiner Str. 10. — Schöneberg: Jugendheim, Wasserlorenzstr. 2. Wir leben aus unserem Korbding. — Angermünde: Diktoria: Schule, Schwanenbergr. 19. Thema: „Wirklichkeitswerden — Wirklichkeitswerden.“ — Bonanzige, Wandarbeiter: Wir veranhalten am Sonntag, 24. März, eine Siedlungslandliche Führung nach Repetition — Schwanenbergr. — Buch. Leiter: Robert Karl Hoffmann. Treffen um 8 Uhr, Bahnhof Gesundbrunnen, Eingang Badstr. 10. 10. 10. 10.

Jugendgruppe des Zentralverbandes der AneckerInnen

Deute, Freitag, finden folgende Veranstaltungen statt: Wankow-Riebeck: Schöneberg: Jugendheim, Sanderstr. 11 (großes Zimmer). Vortrag: „Die Frau und der Sozialismus.“ Referent: Maria Schulz-Frenkel. — Oberpre: Jugendheim, Kaufmann Str. 2. Unsere „Ausländer“ erzählen. — Schöneberg: Jugendheim, Wankow-Riebeck-Str. 7-10. Lichtbildvortrag: „Das rote Wien.“ Referent: Georg Weidmann. — Neukölln und Urban: Jugendheim, Köpenicker Str. 1-4. Berufslandliche Arbeitsgemeinschaft.

Kaiser's Coffee
 im Genussmittel unübertroffenen Reizung
5% RABATT IN MARKEN (AUSGENOMMEN ZUCKER)
KAISER'S KAFFEE-GESCHÄFT
 ÜBER 1000 FILIALEN

Das leisten wir!

Wir wissen genau, was wir unseren Kunden bieten müssen: **Erstklassg. Qualitäten u. fabelhaft niedrige Preise** auf

Teilzahlung

1/6 Anzahlung, Rest in **8 Monats-** od. **52 Wochenraten**. Bei Einkäufen von **200.-Mk.** bis **12 Monats-** oder **52 Wochenraten**.

IN ALLEN ABTEILUNGEN

Frühjahrs-Neuheiten!

WIR FÜHREN:

Damen-, Herren- u. Kinder-Confektion, Mäntel, Kleider in Baumwollstoffen, Toppings, Gardinen, Läuferstoffe, Teppiche, Socken- u. Strümpfen, Kleider, Hüte, Handschuhe, festes Leder, etc.

WIR FÜHREN:

Damen-, Herren- u. Kinder-

KAUFHAUS

Modern

IM OSTEN:
Große Frankfurterstr. 101
ECKE KRAUTSTR. AM STRAUSSBERG-PL.
IM SÜDEN:
Kottbuserdamm 72
ECKE LENAUSR. NAHE HERMANN-PL.



Damen-Mantel aus neuartigem Stoff in beiden Farben **19.75**

Damen-Mantel, guter Schnitt, Stoff aus ganzem Stoff **29.50**



Fachfabrik Oberland, reine Wolle in beiden Farben **16.50**

Original-Wollstoff, gute Stoffe, in beiden Farben mit Leinen **36.-**



Herren-Waistcoat in abgerund. Gürtel, gute Stoffe, in beiden Farben **68.-**

Reinfert. Leinwand mit gebl. Applikation **45.-**



Herren-Talierung, gute Stoffe, in beiden Farben **45.-**

Herren-Waistcoat in Reinfert. gute Stoffe **58.-**



Damen-Pyjama, Leinwand, in beiden Farben **11.-**

Damen-Pyjama, gute Stoffe, in beiden Farben **15.50**



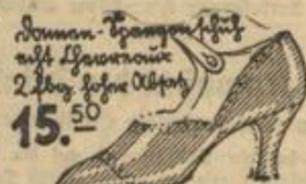
Mädchen-Mantel, gute Stoffe, in beiden Farben **10.75**

Mädchen-Mantel, gute Stoffe, in beiden Farben **14.50**

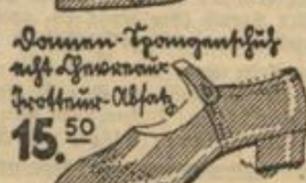
Damen-Mantel, gute Stoffe, in beiden Farben **45.-**



Herren-Talierung, gute Stoffe, in beiden Farben **63.-**



Damen-Tourenschuh, gute Stoffe, in beiden Farben **15.50**



Damen-Tourenschuh, gute Stoffe, in beiden Farben **15.50**



Herren-Landschuh, gute Stoffe, in beiden Farben **19.50**



Herren-Landschuh, gute Stoffe, in beiden Farben **18.50**

Das Rätsel der Antarktis gelöst

Nach wie wurden die neuen Möglichkeiten, die das Flugzeug bei Erforschung unbekannter Gebiete erschließt, so deutlich bewiesen wie bei dem Flug, den Wilkins und Eielson am 21. Dezember 1928 in der antarktischen Zone ausführten. Bei dieser Pionier-Expedition über den wolkenlosen südpolaren Himmel haben sie das wichtigste Problem gelöst, das die Geographen während der letzten Jahrzehnte beschäftigte und welches das Hauptziel der beiden jetzt im Südpolgebiet befindlichen amerikanischen Expeditionen von Richard Byrd und Hubert Wilkins ist.

Ehe diese wissenschaftlichen Expeditionen geplant wurden, war sich die wissenschaftliche Welt längst darüber einig, daß zwei große geographische Probleme der Antarktis zu lösen seien. Das erste und bedeutendere war die Lösung der Frage, ob die Antarktis eine einzige Landmasse sei oder ob sie aus mehreren Landteilen bestehe. Das zweite war die Erforschung der Grenzlinien dieses Landes oder dieser Länder. Bisher waren uns nur 4400 Meilen der Festlandgrenzen bekannt und 6600 noch unerforscht. In Prozenten ausgedrückt waren uns also 40 Proz. der Grenzen des angenommenen Kontinents bekannt. Dies bedeutet eine große Lücke, und eben darum ist auch das zweite zu lösende Problem für uns von großer Wichtigkeit.

Ein besonderes Interesse am Südpol selbst hat eigentlich nur das Publikum. Sowohl Byrd als auch Wilkins haben das in ihren Programmen festgelegt. Besonders Byrd hat das betont, indem er sagte, daß sein Flug zum Südpol in der Hauptsache deshalb unternommen werde, weil er auf der anderen Seite des Pols Forschungen anstellen wolle, die er zwischen seinem Stützpunkt und dem Pol nicht machen könne; denn ein Teil dieses Gebietes ist bereits von Scott im Jahre 1902/3, ein großer Teil von Shackleton im Jahre 1908/9 und das ganze Gebiet von Amundsen und Scott im Jahre 1911/12 erforscht worden, wobei sich Amundsen zwei und Scott einen halben Tag am Südpol aufhielten.

Tatsächlich kann man wenig Neues beim Ueberfliegen einer Route, die andere schon erforscht haben, entdecken und auch wenig beim Ueberfliegen eines Punktes (des Südpols), wenn andere schon vor Jahren hier kompiert haben.

Diese klaren und verständlichen Tatsachen haben Byrd und Wilkins veranlaßt, dem Publikum immer wieder zu sagen, daß der Südpol selbst in ihren Plänen keine hervorragende Rolle spielt. Trotzdem werden sowohl Byrd wie Wilkins zum Südpol fliegen. Jeder von ihnen tut dies, um das große Publikum zu befriedigen, das sich immer wieder für Pole interessiert, aber keiner von den beiden macht etwa daraus wie aus ihren sonstigen Aufgaben ein Bettrennen.

Am 22. September 1928 reiste die Wilkins-Expedition von New York nach Montevideo ab. Die Expedition ist mit amerikanischem Gelde finanziert worden und hätte die amerikanische Flagge. Unter der gleichen Flagge und ebenfalls mit amerikanischem Gelde finanziert startete am 10. Oktober 1928 in Los Angeles Commander Byrd mit Bernd Bolshen als zweitem Besatzungsmitglied. Sein Abfahrtsdatum war ebenso wie das von Wilkins von ihrem gemeinsamen Plan bestimmt, die freundschaftliche Unterstützung norwegischer Walfischfänger, die nach der Antarktis wollten, in Anspruch zu nehmen.

Die Reisepläne dieser Walfischfänger waren nicht die gleichen, da die von Wilkins benutzten via Südamerika und die von Byrd benutzten via Neu-Seeland führten.

Wilkins reiste von Montevideo am 24. Oktober, Byrd von Dundin am 2. Dezember ab. Wenn keine Zwischenfälle eintraten, war anzunehmen, daß Wilkins als erster die Antarktis erreichen und als erster den Flug aufnehmen werde. Doch die Witterungsverhältnisse waren ungewöhnlich, die Wärme setzte sechs Wochen früher als erwartet werden konnte, ein. Es ist merkwürdig, daß Wilkins größte Schwierigkeiten bei seiner Expedition

durch die warme Witterung entstehen sollten, wie auch schon bei einem seiner früheren Flüge.

Am 21. Dezember war alles bereit und das Wetter ausgezeichnet. Ihre persönlichen Freunde und auch ihre Freunde in wissenschaftlichen Kreisen dachten an diesem Tage auch an die beiden, denn es war der erste Flug über die Antarktis, das Leben zweier tapierer und tüchtiger Männer stand auf dem Spiel und es ging um wichtige antarktische Probleme. Ist das Land am Südpol wirklich ein Festland oder eine Inselgruppe?

Wenn man die zahlreichen Ausführungen von Fachleuten über die Antarktis liest, die während der letzten 17 Jahre erschienen sind, so wird man feststellen können, daß die Ansicht, es handle sich um ein einziges Festland, überwiegt. Doch als der Wilkins-Eielson-Aeroplan sich zum ersten Antarktisflug zum klaren Polarhimmel erhob, wurde von Stunde zu Stunde klarer, daß die bisherigen Vermutungen der Gelehrten nicht den Tatsachen entsprachen. Wie schon oftmals, wurden aus diesmal die überzeugten Theoretiker durch die Praxis widerlegt. Die Antarktis ist tatsächlich nicht ein einziges Festland, sondern besteht aus mehreren Landgruppen.

Der erste Antarktisflug war wohl der gefährlichste in der ganzen Fluggeschichte.

Wenn man den Atlantikflug unternimmt, befindet man sich wohl in der Gefahr, zu ertrinken, wenn die Maschine versagt und man auf der See niedergehen muß. Doch es besteht trotz allem die Chance, daß ein Schiff in der Nähe ist, obwohl bisher diese Chance im gegebenen Falle nicht vorhanden war, so daß die meisten Flieger, die auf hoher See niedergehen mußten, verloren waren. Ein Flug in der Arktis ist sicherer, denn, wie Wilkins und Eielson bei ihren Flügen im Jahre 1927 zeigten, gibt es zahlreiche günstige Landungsplätze auf dem arktischen Packeis. Noch niemals sind Arktis-Flieger umgekommen oder auch nur schwer verletzt worden, obwohl Amundsen und Ellsworth dort 1925 etwa 1400 Meilen, Byrd im Jahre 1925 5000 Meilen und im Jahre 1926 1500 Meilen, Wilkins, Eielson und ihre Leute im Jahre 1926 6000 Meilen, im Jahre 1927 8000 Meilen und im Jahre 1928 3000 Meilen geflogen sind. Soviele wir

von Wilkins Flüge und soviel wir jetzt wissen, ist die Antarktis für Flüge sogar ungefährlicher als die Arktis, wenn man mit genügend Vorrichtungen zur Landung ausgerüstet ist. Die beste Landungsmöglichkeit ist die mit Rufen, Wilkins mußte sie aber durch Räder ersetzen. Das Schlimmste, was man beim Landen mit Rädern auf Schnee befürchten kann, ist ein beschädigtes Flugzeug und, selten genug, gebrochene Knochen.

Die tatsächlichen Entdeckungen, die Wilkins und Eielson machten, zeigten indes, daß die vorausgesetzte Sicherheit nicht vorhanden war. Denn als sie südlich flogen, entdeckten sie, daß sie nicht den erwarteten Kontinent unter sich hatten, mit sanften Schneefeldern, sondern unebene Inseln, die durch Kanäle mit Eisblöcken voneinander getrennt waren. Unter diesen Umständen wäre ein Landen mit Rufen gefährlich gewesen; ein Landen mit Rädern bedeutete jedoch den sicheren Tod.

Ganz im Stille des Refordas, den Wilkins und Eielson zusammen in der Antarktis aufgestellt hatten, setzten sie, der Gefahr trotzend, ihren Flug bis zum völligen Verbrauch ihres Gasolins fort. Das Brennmaterial reichte für 1200 Meilen. So flogen sie 600 Meilen südlich über Gebiete, die nie zuvor eines Menschen Auge gesehen. Bei diesem Fluge hielten sie, mit Bleistift und Kamera, die Umrisse der Gebiete und die Höhen der Berge fest. Etwa 600 Meilen entfernt von Deception Island kamen sie zur Küste eines größeren Landstrichs, wenn man auch jetzt noch nicht weiß, ob er groß genug ist, um die Bezeichnung Festland zu verdienen, ist er doch nach Ansicht der Flieger von beträchtlicher Ausdehnung.

Es gab zwei große Probleme, die die Wilkins-Expedition zu lösen hatte: Ist die Antarktis ein einziges großes Festland? und welches sind ihre Grenzlinien?

Der erste Antarktisflug hat bereits das größere dieser beiden Probleme gelöst: die Antarktis ist kein Festland, wemgleich wir auch noch nicht die genaue Zahl der verschiedenen Landstriche und Inselgruppen kennen. Der antarktische Kontinent ist in mehrere Länder geteilt von denen eines immerhin noch groß genug sein mag, um Festland genannt zu werden.

bleibt noch die Frage bestehen, wie und wo die Grenzen verlaufen. Diese Frage scheint auf dem besten Wege zur Lösung durch die weiteren Flüge der Wilkins-Hearst-Expedition und durch die bisherigen und zukünftigen Flüge von Commander Byrd.

Biljajmur Stepanson.

Klasse Zellerström: Das Lächeln

Das Leben ist ein Traum — allerdings nur im Theater. In den meisten anderen Orten herrscht die grausame, harte Wirklichkeit. Man lebt sein alltägliches, leeres Leben ohne Fühlung mit einer höheren Lenkung. Alles wie nach einem bestimmten Programm, tagaus, nacht ein.

Mitten in dieser harten, ersten Wirklichkeit, erschreckend und grausam, leuchtet dann und wann ein Lächeln auf, das entzückt und erlöst. Wo kommt es her? Wer sendet es hinaus?

Wir fällt eine kleine Geschichte von Charlie Chaplin ein. Als er jung und arm war, trat er in einem kleinen Varietee in London auf, wo er mit Kugeln jonglierte, eine Kunst, die mehr schwierig als einbringend war. Chaplin lebte einfach und zurückgezogen, seinen Einnahmen entsprechend. Das einzige Vergnügen, das er sich gönnte, waren Zigaretten, ziemlich viel Zigaretten und nicht von der besten Sorte. Streichhölzer zu kaufen, fand er zu teuer. Er ging statt dessen in einen kleinen Zigarrenladen, wo er höflich seinen kleinen Hut zog, seine Zigarette an dem Zündapparat ansteckte und verschwand. Das ging eine Weile ganz gut, aber eines Tages verlor der Zigarrenhändler die Geduld, schlug mit der Faust auf den Ladentisch und brüllte:

„Sagen Sie mal, wer sind Sie denn eigentlich?“
„Wissen Sie das nicht?“ erwiderte Chaplin ruhig, „Ich bin

doch der kleine Herr, der jeden Tag herkommt und seine Zigarette anspeckt.“

Und dann zog er seinen kleinen Hut und ging ebenso leise hinaus wie er gekommen war.

Das war ein Aussehen des großen, schönen Lächelns, das eine harte Welt erhellte.

Ich erinnere mich auch einer anderen kleinen Geschichte, die dasselbe besagt. Sie spielt sich am Kai einer großen Hafensadt ab, gerade als sich ein große Dampfer in Bewegung setzt. Es sind viele Leute auf dem Kai und an Bord, Leute, die wegfahren und Leute, die Abschied nehmen. Auf dem Deck steht eine junge Mutter und auf dem Arm trägt sie ein kleines Kind, das sie ab und zu in bestimmten Abständen hochhält, während sie ein paar Verwandten da unten zuruft:

„Gustav sagt: Lebt wohl! Gustav sagt: Lebt wohl!“

Durch irgendeine unbeabsichtigte Bewegung, einen Stoß oder etwas anderes, läßt die Mutter ihr Kind fallen, das ins Wasser fällt. Der Dampfer ist auf dem Wege nach draußen, jeder Mensch ist mit sich beschäftigt, es ist nur sehr wenig Aussicht, das Kind zu retten. Die Mutter schreit und ruft um Hilfe, und die Leute am Kai laufen kopflos durcheinander. Da geschieht etwas, was mit dem verwandt ist, was Mark Twain einst „das Chronometer Gottes“ nannte — ein Mann der Befähigung, der in der Nähe der Mutter steht, springt über Bord und es gelingt ihm, in einer der letzten Sekunden das Kind zu fassen. Mit beiden Händen holt er es aus dem Wasser heraus, hebt es auf und nieder, wie es die Mutter vorher auf dem Deck getan hat, während er ruft:

„Gustav sagt: Guten Tag! Gustav sagt: Guten Tag!“

Und dann leuchtete wieder das schöne Lächeln auf, erlösend, entbindend, das Lächeln Gottes auf Erden. Sollen wir es Humor nennen, den großen Humor?

(Berechnete Uebersetzung von A. Koenig und C. Trüffel.)

Das Ende des Säugetierzeitalters

In einem Vortrag, den er vor der Naturforschenden Gesellschaft in Leipzig hielt, trat der Direktor des Schönbrunner Tiergartens, Dr. Antonius aus Wien, für Maßnahmen ein, die Großtierwelt der Erde vor dem völligen Aussterben zu retten. Denn die Vernichtung, die für alle diese Tiere mit der Ausbreitung des Menschen und seiner Kultur verbunden ist, nimmt unaufhaltsam ihren Fortgang. Wie die Auerochsen und Wisente unserer Wälder, die Wildpferde der Steppen, die Steinböcke der Gebirge verschwunden sind, so sind die einfüßigen Riesenherden der Quaggas in Südafrika und der Bisons in Nordamerika, die Kängurus und Beutetiere in Australien, die Nashörner in Indien in ganz kurzer Zeit ausgerottet worden oder bis auf spärliche Reste zusammengeschmolzen. Die Elefanten, von denen man in Afrika jährlich 40 000 tötet, werden ihnen folgen, ebenso die großen Vogelarten, denen man um ihrer Federn willen nachstellt. Die Erhaltung und Vergrößerung unserer Naturschutzgebiete, die Antonius empfiehlt, werden freilich, wie er selbst nicht verkennt, daran nichts ändern, aber sie können wenigstens kommenden Generationen eine Anschauung von dem bunten Tierleben verschaffen, das zur Zeit ihrer Ahnen die Erde erfüllte.

Wieder ein Unterseetunnel. Die moderne Technik sucht Länder, die durch das Meer voneinander getrennt sind, durch einen Tunnel zu verbinden. Erst in letzter Zeit ist die Frage eines Tunnels zwischen Frankreich und England wieder akut geworden. Die Erörterung dieses Projekts hat nun schwedische Ingenieure veranlaßt, gleichfalls einen alten Plan aufzurollen. Es handelt sich um die Verbindung zwischen Schweden und Dänemark, über Helsingör, die alte Handelsstadt, die nur eine Meile von der schwedischen Küste entfernt liegt und von Schweden durch den Sund getrennt ist. Die Baukosten sind mit 50 Millionen Kronen veranschlagt worden und sollen von den beiden beteiligten Staaten je zur Hälfte getragen werden.

Kurt Ludwig Müller: Buchtagsfeier

Felertage sind nötig und haben für den Menschen eine hohe Bedeutung. Sie bringen in das Einerlei und die Plage des Alltags ein Stück Erlösung von all den Fesseln, in die uns das Leben zwingt. Nun ist es jetzt nach und nach Brauch geworden, Dingen — denen wir besondere Bedeutung zugeschiehen, die wichtig und vielleicht in Gefahr sind — dadurch besonderen Nachdruck zu verleihen, daß man ihnen einen besonderen Tag widmet. Alle einflussreichen Faktoren schreiben diesen einen Gedanken auf ihr Panier, und ein jeder Mensch muß irgendwo und irgendwie darauströhen, sei es nun durch die Zeitung, im Theater, durch die Auslagen in den Schaufenstern der Geschäfte oder durch sonstige Veranstaltungen. Geht man dieser Einrichtung tiefer auf den Grund, so wird man sich über den Sinn der einzelnen besonderen Tage, die uns bisher beschieden waren, allerlei Gedanken machen müssen.

Ich denke zunächst an den Muttertag. Wer wollte nicht einstimmen, der Mutter, die in jedem Hausstand die Seele ist, einmal die Dankbarkeit sichtbar zu erweisen, die man ihr eigentlich immer schuldet. Aber damit ist die Sache nicht abgetan. Die Mutter ehrlieh ehren, erfordert Verzicht auf vieles andere. Wer in Gedanken irgendwie mit der Möglichkeit eines neuen Krieges und mit der Bereitwilligkeit dazu spielt, der wird durch seine Zustimmung zum Muttertag zum jämmerlichen Heuchler; denn die Kriegsbereitschaft ist gleichbedeutend mit einem Dolchstoß in das Mutterherz.

Und wie steht es um den Volkstrauertag, an dem Kriegspastoren verbrecherische Reden an den Heldentagen halten? Unsere Gefallenen in Ehren! Wir bedauern und betauern sie aufrichtig, wenn wir ihre Wörder versuchen, die wahren Kriegsenfacher. Gewiß, der Volkstrauertag könnte einen tiefen Sinn und einen großen Wert haben, wenn wir eine sinngemäße Kundgebung daraus machen würden. Wenn die Trollet, die einst feuchten und jammerlichen, als sie von den Klauen des Militarismus gepackt waren, stumpfsinnig und gedankenlos als Willkürereinsameroden an die Weibestätten pilgern wie eine Herde Hammel, dann müßten wir die Massen ausbieten zu einer Stunde der Besinnung und Erweckung. Ein Fluch von markerschütternder Stärke müßte aus tausend und aber tausend Reihen gegen den Krieg hinaustringen und weiterreichen zur gigantischen Begeisterung. Mit eiserner Schärfe müßten wir versichern, daß wir in Zukunft unseren Feind zu finden wissen,

und daß wir uns nicht wieder gegen den unschuldigen Menschenbruder aufbehen lassen, der im Graben uns gegenüber liegt. Betennen sollten wir, daß wir gegen eine neue Kriegspogrophe gefeit sind. Aus einer rechten Volkstrauertagsfeier würde großer Segen für die Menschen, für die ganze Welt erwachsen.

Und nun ist uns jetzt noch der Buchtag geschenkt, uns, dem „Volk der Denter und Dichter“. Ich bin überzeugt, daß man auch hier nicht in die Tiefe fühlen wird. Viele Probleme gruppieren sich um die Buchgeizstanz. Denke ich z. B. an die Schulden, so erhebt sich die kategorische Forderung, daß man alles das für den Frieden tun müßte, was man seither für den Krieg und den nun verfallenen Monarchismus gerade durch das Buch getan hat. Alle hohen Ideale haben ihre bestimmten Grenzen an der Unzulänglichkeit der Menschen, die nicht instande sind, sich von Ueberständigheiten, die längst gefallen sein müßten, zu befreien. Wir wissen, welche große Rolle das Buch in der Welt von dem Augenblicke an gespielt hat, seitdem Gutenbergs Jünger für eine Verbreitung des gedruckten Wortes sorgen. Wir wissen aber auch, welcher Mißbrauch mit dem Buche und mit der Zeitung getrieben werden kann. Wir brauchen Bücher über konsequente Menschlichkeit, Bücher, die uns etwas davon geben, was an sozialem Empfinden die Seele jedes Gerechten belebt. Wir wollen nicht nach solchen Schriften greifen, die uns Dinge vorgaukeln aus einer Welt, die schon den Todeskeim in sich trägt, Dinge, die der Wirklichkeit entrückt sind wie eine ferne Fata Morgana. Wir müssen Bücher über konsequente Menschenliebe lesen. Sie können uns treue Gefährten durchs Leben hindurch sein und uns zu Menschen machen, die solange an den Sieg ihres gerechten Kampfes glauben, bis er kraft dieses Glaubens herbeigeführt ist. Bücher können uns die Wesensmerkmale ausdrücken, die das Ueberwiegende des Menschenseins ausmachen. Sie können uns zur begehrenden Reform des Lebens und zu Licht und Freiheit führen. Es gehen Kraftströme aus von den Zeilen, die wir — wenn wir dafür empfänglich gemacht sind — einatmen können, so daß aus ihnen Keime herauswachsen, die zu Taten und Gesinnungen führen und zur sittlichen Höherentwicklung des menschlichen Gemeinschaftslebens, zum wahren Sozialismus. Der Buchtag soll eine ständige Einrichtung werden. An uns liegt es, ihn — wie ihn sich auch das Bürgertum formt — für unseren gerechten Kampf zweckmäßig auszugestalten.

